Sonnabend, 17. November 1923. Einzelnummer 15000 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 262.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 105 000
in den Ausgabestellen 107 000
durch Zeitungsboten 108 000
am Postamt inkl. Postgebühren ... 115 800
ins Ausland 150 000 poln. M. in deutscher Währ. nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

# Posener Tageblatt
## (Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 5000 M. Reklameteil 12 000 M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil .. 5000 p. M. „ Reklameteil . 12 000 p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

# Die Deutschen in Polen.

### Die Entschädigungsklagen der Liquidierten.

Bei der Liquidation deutschen Eigentums hat Polen bekanntlich den Erlös unmittelbar an den deutschen Eigentümer zu zahlen; dieser wiederum hat das Recht, vor dem deutsch-polnischen Gemischten Schiedsgerichtshof eine angemessene Entschädigung einzuklagen, falls die Verkaufsbedingung oder irgendwelche von Polen außerhalb seiner allgemeinen Gesetzgebung ergriffene Maßnahmen den Erlös unbillig beeinträchtigt haben. Die Klageschrift muß bei dem Sekretariat des deutsch-polnischen Gemischten Schiedsgerichtshofs, Paris 57, Rue de Varennes, eingereicht werden, und zwar spätestens bis zum 31. Dezember 1923 von allen denjenigen Personen, die vor dem 1. Juli 1923 auf Anordnung des Liquidationsamtes den freiwilligen Verkauf vorgenommen haben oder die vor diesem Tage von den Bedingungen des Zwangsverkaufs oder der Enteignung amtliche Mitteilung oder sonstige Kenntnis erlangt haben. Diejenigen Personen, die seit dem 1. Juli 1923 auf Anordnung des Liquidationsamtes den freiwilligen Verkauf vorgenommen haben oder seit diesem Tage von den Bedingungen des Zwangsverkaufs oder der Enteignung amtliche Mitteilung oder Kenntnis erlangt haben, müssen die Klageschrift spätestens sechs Monate nach dem Verkauf oder der vorbezeichneten Benachrichtigung einreichen. Es liegt im Interesse aller derjenigen Personen, die durch Liquidations- und Enteignungsmaßnahmen getroffen sind und infolgedessen noch Ansprüche gegen den polnischen Staat haben, diese ihnen nach dem Vertrag von Versailles zustehenden Entschädigungsansprüche ungesäumt geltend zu machen.

### Eine wichtige Entscheidung der gemischten Kommission für Oberschlesien.

Aus Kattowitz wird gemeldet: Auf die Beschwerde von 41 Personen, die deutschen Unterricht für ihre Kinder beantragt hatten, fällte der Präsident der gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, einen Schiedsspruch, wonach die zuständigen Behörden verpflichtet sind, in dem Bezirk, zu dem die Boer-Schächte im Kreise Pletz gehören, eine Minderheitsschule im Sinne des Artikels 106 des Genfer Abkommens zu errichten.

# Aus dem parlamentarischen Leben.

### Ein Block der Linksparteien im Sejm.

Die vier oppositionellen Parteien, und zwar: die „Wyzwolenie", „P. P. S.", „N. P. R." und „Völkische Einheit" haben einen gemeinsamen Vollzugsausschuß, bestehend aus den Obmännern der Klubs, gewählt, um eine einheitliche parlamentarische Aktion im Sejm zu ermöglichen. Der Präses der Wyzwoleniegruppe (die stärkste oppositionelle Partei) ist berechtigt, den Ausschuß einzuberufen und ihm die laufenden Angelegenheiten zur Erledigung zu überweisen. Eine solche gemeinsame Aktion hatte die Reise der Vertreter der Opposition nach Krakau im Zusammenhange mit den dortigen Vorgängen und die Intervention beim Ministerpräsidenten Witos zum Zwecke, die Regierung zur Einlösung der gegebenen Versprechen zu veranlassen.

Die Tätigkeit des Ausschusses ist somit nicht nur taktischer Art, sondern vereinheitlicht die ganze parlamentarische Arbeit vom Standpunkte der Opposition zur Regierung.

### Antrag auf Auslieferung von Sejmabgeordneten.

Die Staatsanwaltschaft hat beim Sejm die Auslieferung der sozialdemokratischen Abgg. Marek, Bobroski und Stańczyk beantragt, denen vorgeworfen wird, daß sie durch ihre Agitation die blutigen Vorgänge in Krakau verschuldet haben.

### Der Schutz der Erfindungen.

Gegenstand der Beratungen der Donnerstagsitzung des Sejmausschusses für Handels- und Industriefragen war unter anderem ein Referat über die Verbesserungen des Senats zum Gesetzentwurf über den Schutz von Erfindungspatenten. Der Ausschuß nahm die Verbesserungen des Senats gemäß dem Antrage des Unterausschusses an. Das Gesetz stützt sich auf das romanische System der Registrierung von Patenten ohne Prüfung ihrer Neuheit.

### Das Versammlungsgesetz.

Der Verfassungsausschuß des Sejm beendete am Donnerstag die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über Versammlungen. Polakiewicz wurde dann zum Vizevorsitzenden des Ausschusses gewählt.

# Zusammentritt des Reichstages am 20. November.

## Auf Initiative der Sozialdemokraten.

(Berliner Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

**Der Ältestenausschuß des Reichstages hat nun doch den Beschluß gefaßt, daß der Reichstag am Dienstag, dem 20. November, 1 Uhr nachmittags, zusammentreten soll. Auf der Tagesordnung steht eine politische Debatte. Es werden wichtige Entscheidungen vom Reichstag erwartet.**

Die Initiative zur Zusammenberufung des deutschen Parlaments geht von der größten Fraktion, den Sozialdemokraten, aus, deren Vorstand sich in dieser Angelegenheit direkt an den Reichspräsidenten gewandt hat. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages wird bereits am Sonnabend zusammentreten.

Die Fragen, die den Reichstag beschäftigen sollen, sind: **Bayern, das Rheinland und die Gestaltung der Reichsregierung.**

Über all diese Fragen herrscht vollkommene Unklarheit. Die Reichsregierung ist zurzeit auf eine Minderheit begründet, die aus Zentrum, Demokraten und Deutscher Volkspartei besteht. Die Deutschnationalen verlangen Stresemanns Rücktritt und finden dabei die Unterstützung einer kleinen Gruppe in Stresemanns eigener Partei. Demnach sind die Mehrheitsverhältnisse für jede einzelne Frage ganz im unklaren und eine schnelle Entscheidung unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich.

Vor allem herrscht in der Rheinlandfrage, die infolge des nicht zur Ruhe kommenden Separatismus zurzeit das schwierigste Problem der Reichspolitik ist, große Verschiedenheit der Ansichten. Die Sozialdemokratie tritt hier unbedingt für Einheit des Reiches ohne jedes Kompromiß ein. Am Dienstag hat eine Beratung der Regierung mit den Ministerpräsidenten der Länder, deren Gebietsteile von der Besetzung betroffen sind, stattgefunden, in der die Einstellung der Arbeitslosenunterstützung für die nach Millionen zählenden Arbeitslosen der Ruhr beschlossen wurde. Die Konsequenz wäre, das Rheinland zusammen mit dem nichtrheinländischen Teil des Ruhrgebietes vorübergehend preiszugeben, es zum mindesten von Preußen abzutrennen, so wie man im Kriege eine Provinz vorübergehend dem Feinde überläßt, in der Hoffnung, sie bei der nächsten Wendung zum Besseren wiederzugewinnen.

Gegen diesen Plan wenden sich die Sozialdemokraten mit aller Energie und verlangen, daß alles Menschenmögliche getan werde, um die ohne eigene Schuld arbeitslos gewordenen Bergleute an der Ruhr weiter zu unterstützen, damit der Gedanke einer Trennung nicht Platz greife. Auch die preußische Regierung ist gegen jede Selbständigkeit der Rheinlande. Infolgedessen hat denn auch die Reichsregierung offiziell erklärt, daß sie auf die Lostrennungspläne in keiner Form eingehen könne. Diese ablehnende Entscheidung hat überrascht, da man vom Eintritt des früheren Duisburger Oberbürgermeisters Dr. Jarres einen Sieg der Selbständigkeitsbestrebungen erwartete und da vielfach günstige Wirkungen für das Reich wie für das Rheinland selbst von einem solchen Schritt erhofft wurden.

Man spricht von der Absicht der Sozialdemokraten, die Regierungsfrage durch die Bildung einer kleinen Koalition zu lösen, in der sie zusammen mit den Demokraten und dem Zentrum stehen würden. Eine solche Kombination würde ungefähr 280 Stimmen vereinigen und gegenüber einer etwaigen Vereinigung der Deutschnationalen mit der Volkspartei eine Mehrheit von rund 50 Stimmen aufbringen. Vorläufig handelt es sich nur um Wünsche und Bestrebungen. Ernsthafte Schritte in dieser Richtung sind noch nicht erfolgt.

Der Reichskanzler Stresemann war überhaupt gegen das Zusammentreten des Reichstages, von dem er sich und dem Lande nichts Gutes verspricht. Der Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. Kempke war auch eifrig bemüht, die Reichstagssitzung zu verschieben, doch gelang dies nicht, da die Parteien der bürgerlichen Mitte sich dem Begehren der Sozialdemokraten anschlossen. Stresemanns Absicht soll sein, den Reichstag aufzulösen und ohne Parlament zu regieren. Er wird nun gezwungen sein, am Dienstag dem Reichstag positive Vorschläge in der Frage der Reichsautorität gegenüber Bayern und über die Lösung des rheinischen Problems zu machen.

Auf seiten der Rechten herrscht vielfach Niedergeschlagenheit über das voreilige Unternehmen Hitlers, das der völkischen Bewegung und ihrer Einigkeit schweren Schaden zugefügt hat. In der „Deutschen Zeitung" weist Max Maurenbrecher auf die Notwendigkeit einer nationalen Tat größten Stils hin, die die Nationalgesinnten aus der Zersplitterung und das Reich aus dem Chaos befreien soll.

# Kommunistische Wühlarbeit in ganz Deutschland.

Die „Deutsche Zeitung" meldet: Polizeiliche Nachforschungen, die im Zusammenhang mit der kürzlichen Verhaftung kommunistischer Kuriere in Kattowitz angestellt wurden, haben den Beweis dafür erbracht, daß eine großzügige umstürzlerische Agitation der Kommunisten über das ganze Reich hin im Gange sei. In einer Gastwirtschaft in der Löwestraße in Berlin wurden fünfzehn Personen verhaftet, die über erhebliche Dollarbestände verfügten und den Auftrag hatten, sich nach Reichswehrgarnisonen zu begeben, wo mit den örtlichen Führern der Kommunistischen Partei Rücksprache genommen werden sollte. Es konnte weiter ermittelt werden, daß in Berlin eine besondere Zentrale für die Aktion eingerichtet ist. In dieser wurde von Kriminalbeamten wichtiges Geheimmaterial beschlagnahmt, aus dem hervorgeht, daß zwei kommunistische Abgeordnete in die Sache verwickelt sind. Die Geldmittel sollen von der Sowjetgesandtschaft herrühren.

Auch in Thüringen wurden nach der Besetzung des Landes durch die Reichswehr umfangreiche Organisationen, die im Besitz von Waffenlagern waren, aufgedeckt. Zum Teil wurde gegen die bürgerliche Bevölkerung schon seit längerer Zeit von seiten der Kommunisten ein heftiger Terror ausgeübt.

(Weiteres über die Lage in Deutschland siehe Seite 3.)

# Von der deutschen Not, ihren Ursachen und Wirkungen.

Die Behauptung, daß Deutschland seinen Bankerott, der jetzt offenbar zu Tage liegt, selbst verschuldet habe, muß angesichts der tatsächlichen Verhältnisse geradezu als schlechter Scherz wirken. Die Aufgabe des passiven Widerstandes war schon eine Folge der verzweifelten Finanzlage des Reiches, und sie hat ihrerseits fast nichts dazu beigetragen, diese Lage zu verbessern. Der furchtbare Marksturz tat ein Übriges, und so ist die jetzige schwere Bedrängnis entstanden. Die Schaffung des wertbeständigen Geldes hilft auch vorläufig noch nicht. Die Goldanleihe ist in die Hände der Bankspekulation gefallen und die Ausgabe der Rentenmark muß ihren Einfluß erst noch geltend machen.

Die furchtbare Not in Deutschland zeigte sich vor etwa einer Woche ganz besonders deutlich. Berlin stand mehrere Tage unter dem frischen Eindruck der Plünderungen und Zusammenrottungen, die im Osten der Stadt vor sich gingen, dort, wo fast ausschließlich in mehreren Straßenzügen jüdische Einwanderer aus dem Osten dicht gedrängt zusammenwohnen und im Rahmen des verbotenen Devisenhandels einen bestimmten Typus darstellen. Aber es wäre abwegig, nunmehr von der Entfesselung von Judenpogromen zu sprechen; das liegt den Deutschen nicht! Ebensowenig aber ist zu sagen, daß bei diesen Ausschreitungen nur der Straßenpöbel, die internationale Erscheinung aller großen Städte, am Werke war. Mit ihm wäre die Schutzpolizei, die in vorbildlicher Weise den Ausschreitungen entgegentrat, schneller fertig geworden. Die Gründe liegen tiefer. Besser als jede Statistik es tun könnte, wirft die Tatsache, daß in der Reichshauptstadt am hellen Tage Massenplünderungen von Lebensmittelgeschäften stattfanden, grellstes Licht auf den Lebensstandard der deutschen Bevölkerung. Deutschland hungert! Nicht weil, wie Poincaré mit bolschewistischer Dialektik glauben machen möchte, sich Industrie und Landwirtschaft auf Kosten des schaffenden Volkes bereicherten, sondern weil dank der französischen Kontinentalpolitik in Deutschland einfach nicht mehr genug Arbeitsmöglichkeiten und Lebensmittel vorhanden sind, um ein übervölkertes Land, in dem „zwanzig Millionen zu viel" sind, ausreichend zu ernähren. Dabei brauchen die schweren innerpolitischen Fehler der einzelnen deutschen Regierungen, von denen auch die dritte Regierung Stresemann bisher weder des Gegeneinanders der Parteien und Stände Herr werden, noch die begonnene Währungsreform verwirklichen konnte, keineswegs verkleinert werden; aber sie besagen nichts gegenüber der außenpolitischen Zwangslage, die der erste und entscheidende Grund alles Übels ist. Das muß immer wieder festgestellt werden. Jene grauenvolle Hungerblockade, die im Kriege von den Alliierten im Namen der Freiheit und Weltdemokratie gegen Frauen und Kinder angewandt wurde, um den Widerstand der deutschen Front vom Rücken her zu zerbrechen, ist letzten Endes auch im „Frieden" nicht aufgehoben worden. Nur daß Poincaré und das Versailler Diktat die englische Flotte ablösten. Die Hungergesichter deutscher Kinder beweisen, daß beide der übernommenen Aufgabe ebenso gerecht wurden.

Nun sollte die internationale Sachverständigenkonferenz dem zusammenbrechenden Europa wieder auf die Beine helfen. Auf englische Einwirkung hin war Amerika ein ganz klein wenig aus seiner europäischen Reserve herausgetreten, hatte sozusagen eine Achtelwendung zum alten Kontinent hin gemacht. Aber noch weniger als England wagten es die Vereinigten Staaten, den französischen Bundesgenossen anders denn als rohes Ei zu behandeln. Herr Poincaré ist nun einmal der Stärkste im Völkerkonzert und wird es jedenfalls solange bleiben, als man ihn gewähren läßt. Poincare hat es nun dahin gebracht, daß die Sachverständigenkonferenz nicht stattfindet. Der französische Ministerpräsident zeigte in seinem Bestreben, die Rechte der Sachverständigenkommission zu beschränken und ihr lediglich die Feststellung der "augenblicklichen" Zahlungsunfähigkeit zu gestatten, offen genug, worauf es ihm und Frankreich ankommt. Um Gottes willen keine allgemeine Debatte über die Rhein- und Ruhrfrage! Denn sonst könnte es ja geschehen, daß das krasse Unrecht Frankreichs sich vor aller Welt „sachverständig" offenbart. Um Gottes willen keine endgültige Festsetzung der deutschen Reparationsschuld! Denn diese soll ja eine unendliche Zahl sein und Deutschland die melkende Kuh von Kindern und Kindeskindern des französischen Rentnerstaates. Könnte nicht Deutschland nach Festsetzung der endgültigen Summe auf einmal seinen so oft zitierten „bösen Willen" ändern und die Schuld unter Anspannung aller seiner Kräfte bezahlen? Das darf nicht geschehen! Die Feststellung der „augenblicklichen" Zahlungsfähigkeit aber kann man gestatten. Sie stellt den englischen und amerikanischen Nörgler zufrieden und — verpflichtet in der Zukunft zu nichts.

Gegenüber der französischen Argumentation vom „bösen" Willen Deutschlands, seine Verpflichtungen nicht zu erfüllen,

ist interessant, was Deutschland bisher an Reparationszahlungen wirklich geleistet hat. **Professor Lujo Brentano** hat sie in exaktester wissenschaftlicher Untersuchung auf — sage und schreibe — 55 917 309 851 Goldmark berechnet und ist damit zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen wie **der Engländer Keynes** in einem Artikel der „Nation". Alle Spiegelfechterei des französischen Ministerpräsidenten zerplatzt vor dieser nüchternen Zahl, die in ihrer ungeheuerlichen Höhe offenbart, unter welcher Last das deutsche Volk zu leben gezwungen ist und wie es diese Last ehrlich abzutragen gesucht hat. Freilich: die Geduld des Sanftmütigsten geht einmal zu Ende.

Während Poincaré den Alliierten scheinheilig seine Bereitschaft zur Lösung der Reparationsfrage versichert, fahren seine Generale an Rhein und Ruhr fort, mit Verbrechern zu paktieren, und durch Unterstützung der rheinischen Hochverräter die gequälte Bevölkerung so zu zermürben, bis sie willenlos alle französischen Wünsche erfüllt. Schon träumt der französische Oberkommissar der Rheinlande, Herr Tirard, von der Verwirklichung seines Ziels: die Unterstellung der Rheinlande unter französisches Protektorat. Deshalb betreibt er mit Eifer die „Balkanisierung" des rheinischen Gebietes, seine Teilung in mehrere autonome staatsähnliche Gebilde, die er sich, der Rheinbundpolitik Napoleons entsprechend, konstruiert hat. So läßt er in den verschiedenen Teilen des besetzten Gebietes nach verschiedenen Methoden arbeiten; heute vorsichtige Zurückhaltung, morgen offene Teilnahme an den separatistischen Bestrebungen mit dem immer gleichen Ziel: die einheitliche deutsche Struktur des Landes zu zerstören. Über die rheinischen Mitarbeiter des Herrn Tirard aber sei ein belgischer Kronzeuge, der Vertreter des Brüsseler „Peuple" zitiert; er schreibt von den Separatisten folgendes: „Führer und Leute: ich habe nie eine solche Vereinigung bestialischer Gesichter gesehen. Leute, die zu allem entschlossen sind, die sich dem Meistbietenden verkaufen, immer bereit, wenn man morden und plündern kann: Gesindel!"

Um den französischen Machenschaften zu begegnen, ist der Gedanke aufgetaucht, eine große einheitliche „Rheinische Republik" im Rahmen des Deutschen Reiches zu begründen. Schon vor etwa 14 Tagen schrieb der Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" von diesem Plan, und eben in diesen Tagen fanden Beratungen der deutschen Regierung mit den Vertretern der besetzten Gebiete statt, um dies Unternehmen durchzuführen. Doch hat die Reichsregierung sich **dagegen** ausgesprochen. Eine rheinische Notenbank ist bereits in Köln gegründet. 55 Prozent des Kapitals sind deutsch. Die eigene rheinische Währung wird bald eine Tatsache sein. Ein Teil des Reichskabinettes unter Führung des Duisburger Dr. Jarres soll für einen selbständigen rheinischen Bundesstaat sein. **Augenblicklich freilich ist dieser Plan verworfen.**

Indessen denkt General Nollet daran, seine **Kontrolltätigkeit** in Deutschland wieder aufzunehmen. Seine Note wurde dem deutschen Geschäftsträger in Paris überreicht. Wenn aber der französische General glaubte, seine Offiziere in Uniform oder Zivil wieder durch deutsche Lande reisen zu lassen, um zu „kontrollieren", so wurde ihm gesagt, daß keine deutsche Regierung in der Lage ist, den Schutz dieser „Kontrollorgane" zu übernehmen. Es ist eine Wirkung der brutalen französischen Machtpolitik am Rhein und an der Ruhr, daß der nationale Sinn des deutschen Volkes neu geweckt wurde. Der passive Widerstand wurde am Rhein und an der Ruhr notgedrungen eingestellt. Aber die Zeiten sind vorbei, wo Deutschland die Einmischung in seine innerpolitischen Angelegenheiten willenlos ertrug. Wie sehr sich Frankreich im übrigen als Herr über Deutschland fühlt, beweist der Beschluß des Ministerrats in Paris, der Reichsregierung offiziell zur Kenntnis zu bringen, daß die französische Regierung die Errichtung einer Direktorialregierung in Deutschland nicht dulden würde. Dies bedeutete eine Einmischung in deutsche Hoheitsrechte, die die deutsche Regierung nicht unwidersprochen hingenommen hat. Dr. Stresemann erklärte dem französischen Botschafter, daß er zwar von den Vorzügen der Demokratie überzeugt sei, daß er aber jede Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten ablehnen müsse.

Nicht oft genug kann es betont werden, daß die schädliche Wirkung des Ruins der deutschen Wirtschaft sich auch auf Polen erstreckt und daß Frankreichs Politik, die hierauf keine Rücksicht nimmt, dafür verantwortlich ist. Das französische Vorgehen kann Polen sogar noch politisch in Gefahr bringen. Wie der Augenschein zeigt, werden durch die despotische Gewaltpolitik Poincarés die radikalen Strömungen in Deutschland begünstigt. Daß der Kommunismus in Deutschland Polen schweren Gefahren aussetzen würde, ist in der Zeit des Generalstreiks und Straßenkämpfe zwischen Militär und Arbeitern selbstverständlich. Ohne zu der Frage Stellung zu nehmen, ob eine rechtsradikale Diktatur für Deutschland selbst ein Segen oder ein Unheil wäre, darf man mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit annehmen, daß sie für Polen nicht günstig wäre.

# Republik Polen.

### Deutsche Reparationszahlungen an Polen.

Nach halbamtlicher italienischer Berechnung hat Deutschland auf Reparationskonto im Laufe des ersten Halbjahres d. J. für Polen 50 Millionen Goldmark gezahlt.

### Die Regierung und die oberschlesische Großindustrie.

Am 31. Oktober hat die polnische Regierung erneut ein Übereinkommen mit der oberschlesischen Großindustrie getroffen, um einen Teil der ausländischen Devisen, über die die oberschlesische Großindustrie verfügt, für sich zu sichern. Die einlaufende ausländische Valuta wird in der Landesdarlehnskasse oder in der Depositenbank für Rechnung des Exporteurs aufgehoben, der über sie im Rahmen der Devisenvorschriften verfügen kann. Eine Pflicht, die Devisen dem Staate zu verkaufen, besteht nicht, deswegen sichert sich der Staat die ausländischen Valuten durch besondere Abmachungen mit den Exporteuren. Dafür kommt der Staat diesen bei der Durchführung der Devisenordnung entgegen. Nach der Abmachung mit der oberschlesischen Großindustrie hat sich die Kohlenindustrie verpflichtet, dem Staate 50 Prozent der einlaufenden Valuten zu verkaufen, die Eisenindustrie 24 Prozent, die chemische Industrie 50 Prozent und die Zinkindustrie 20 Prozent. Dafür haben die Exporteure das Recht erhalten, über den Rest der Valuten im Inland und im Ausland frei zu verfügen ohne Rücksicht auf die Devisenordnung.

### Verhandlungen Korfantys mit den Holz- und Zuckerindustriellen.

Die „Gazeta Warszawska" meldet, daß gegenwärtig unter Teilnahme des Vizepremiers Korfanty Verhandlungen mit Vertretern der Holz- und der Zuckerindustrie stattfinden, die den Zweck verfolgen, größere Summen fremder Valuten für den Staat zu gewinnen.

### Die Durchführung des Vermögenssteuergesetzes.

In den nächsten Tagen soll eine Instruktion für die Durchführung des Vermögenssteuergesetzes erscheinen. Die Instruktion wird allgemeine Vorschriften über Schätzungsnormen, Steuerzahlerverzeichnisse und Zahlungserklärungen enthalten.

### Die Folgen des Generalstreiks bei der Eisenbahn.

In verschiedenen Eisenbahndirektionen sind nach Beendigung des Streiks zahlreiche Eisenbahner zur Arbeit nicht mehr angenommen worden. In der Eisenbahndirektion Kattowitz sollen 400 Arbeiter nicht mehr angenommen worden sein, in Posen 500 bei der Warschauer Direktion 200, bei der Danziger Eisenbahndirektion 20, bei der Wilnaer 15, bei der Lodzer 18 Lokomotivführer. Aus Krakau liegen noch keine Nachrichten vor. Allein die Eisenbahndirektion Lemberg hat sämtliche Eisenbahner zur Arbeit wieder angenommen und ihnen die während des Streiks zurückbehaltenen Bezüge ausgezahlt.

### Die Opfer der Explosion in der Warschauer Zitadelle

Der „Kurjer Warsz." teilt mit, aus dem Bericht des Hilfskomitees für die Opfer der Explosionskatastrophe gehe hervor, daß auf der Stelle getötet wurden: 2 Soldaten, 5 erwachsene Familienmitglieder und 6 Kinder von Militärangehörigen und 15 Arbeiter. 3 weitere sind im Spital gestorben. Schwer verwundet wurden 2 Offiziere, 278 Soldaten, 148 Arbeiter, leichter verletzt 70. In Behandlung geblieben sind 78 Personen. Das Augenlicht haben verloren 12 Personen, das Augenlicht gefährdet ist bei 3 Personen. Für die Opfer der Katastrophe waren bis 13 d. Mts. beim Komitee eingegangen 12 440 250 028 Mk., davon wurden bisher verteilt 5 584 172 000 Mk.

### Lohnverhandlungen in Bialystok.

Aus Bialystok meldet die Polnische Telegraphen-Agentur, daß die Verhandlungen zwischen den Arbeitern der Textilindustrie und den Arbeitgebern bezüglich der Erhöhung der Löhne für die zweite Hälfte des vorigen Monats zu einem Ergebnis führten. Die Verhandlungen fanden unter Mitarbeit eines Vertreters des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums statt. Den Arbeitern wurde die vom Statistischen Hauptamt für die zweite Hälfte des vorigen Monats festgesetzte Erhöhung und außerdem eine 75prozentige Zulage bewilligt.

### Der Streik der Krankenkassenärzte in Lodz.

Die Oberste Ärztekammer hat die Vermittlung zwischen den in Lodz streikenden Ärzten und der Krankenkasse übernommen.

### Vom Flottenkommando in Putzig.

Zum Stabschef des polnischen Flottenkommandos in Putzig wurde Oberleutnant Stankiewicz ernannt.

### Eine Ausgleichszulage für die Staatsbeamten.

Die Staatsbeamten erhalten Ende des Monats im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes über die Besoldung der Staatsangestellten eine Ausgleichszulage, die höchstwahrscheinlich 30 Prozent des Novembergehalts betragen wird.

### Noch ein französischer Senator in Warschau.

In Warschau weilt der frühere Senator Fournaul, um sich mit den kulturellen und wissenschaftlichen Verhältnissen in Polen bekannt zu machen.

### Festnahme gefährlicher Banditen.

Die Polizei der Kreise Baranowicze, Nieświeź und Łuniniec verfolgte im Laufe der letzten Tage die Mucha-Bande, die am 4. November bei Lachowice den Anschlag auf die Eisenbahn ausgeführt haben soll. Mucha ist mit einigen Genossen auf russisches Gebiet geflüchtet. Der Polizei gelang es einige Mitglieder der Bande zu fasse

# Interpellationen deutscher Sejmabgeordneter.

### Das Erbrecht deutscher Ansiedler.

Die Abgeordneten Moritz und Genossen von der Deutschen Vereinigung im Sejm richteten an den Agrarreformminister folgende Anfrage:

„Die Fälle mehren sich, in denen der Okręgowy Urząd Ziemski in Posen gegenüber den deutschen Kolonisten davon Gebrauch macht, das Wiederkaufsrecht anzuwenden, wenn es sich darum handelt, die Rentengrundstücke auf Kinder und Verwandte zu vererben. Es sind uns weit über zwanzig Fälle bekannt, in denen der Okr. Urząd Ziemski in Posen gegen Kolonisten das Wiederkaufsrecht bereits ausgeübt hat, obwohl diese laut Versailler Friedensvertrag Bürger des polnischen Staates sind. Auch wenn Eltern ihren Kindern bei Lebzeiten das Grundstück überlassen wollen, um sich ins Altenteil zurückzuziehen, wird die Genehmigung versagt oder das Wiederkaufsrecht ausgeübt. Nur ein Fall ist uns bekannt, wo die Übertragung genehmigt wurde. Als Beispiel führen wir auszugsweise folgende Fälle an:

Witwe Katarina Adolf in Nietaszkowo, Kreis Schmiegel. Die Witwe gelähmt, drei unmündige Kinder.

Die Witwe Auguste Best in Jaszkowo, Kreis Wirsitz. Der Ehemann im Kriege gefallen.

Die Witwe Emma Schmidt in Rosenau, Kreis Mogilno. Der Ehemann im Kriege gefallen.

Die minderjährigen Kinder Minna, August, Hellmut und Herbert Prüßner in Lopunica, Kreis Wongrowitz. Der Vater im Kriege gefallen, die Mutter gestorben.

Die Witwe Berta Pfeiffer in Tarnowo-Podgorne, Kr. Posen-Ost. Der Ehemann gestorben.

Der Kolonist Eduard Schulz in Mroczyn Nowy, Kreis Kempen, hat seiner verheirateten Tochter die Wirtschaft verschreiben lassen, um sich aufs Altenteil zurückzuziehen. Der Kaufvertrag wurde dem Urząd Ziemski zur Genehmigung vorgelegt, der darauf reagierte, daß er vom Wiederkaufsrecht Gebrauch machte.

Verschiedene Ansiedler haben vorher angefragt, ob sie ihren Kindern die Grundstücke verschreiben dürfen; die Antwort lautete verneinend.

Nicht genug, daß Witwen und Waisen auf diesem Wege Haus und Hof verlassen sollen, verlieren sie auch noch ihr Vermögen, indem der Preis für das zwangsweise zurückgekaufte Grundstück so niedrig festgesetzt wird, daß er kaum den zehnten Teil des Wertes der Gebäude und des Inventars beträgt. Es geschieht hier ein schreiendes Unrecht, weil die Ansiedler Gebäude und Inventar für ihr eigenes Geld beschafft haben. Als seinerzeit die westlichen Gebiete von Polen übernommen wurden, hat der Oberste Polnische Volksrat, der zunächst in dem ehem. preußischen

---



# Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von **Günter v. Hohenfels.**

(46. Fortsetzung.) 

„Die Männer drangen auf die beiden Deutschen ein, aber Schlüter rief laut. „Sehe ich aus wie ein Räuber? Wir sind Beamte der Polizei — und diese sind Verbrecher."

Er trat auf den Greis zu.

„Hier sehen Sie meine Vollmacht von der Polizei in Buenos Aires und den Haftbefehl gegen den Hafenarbeiter Matthias Gröger, der sich fälschlich zum Prediger machte, und den früheren Hafenarbeiter Eugen Willrich, beide aus Bremen."

„Ich bin Polizeisekretär — ich werde —"

Der Alte sah in das Papier, dann warf er einen Blick auf Schlüter.

„Und wer sind Sie?"

„Ich bin Kriminalbeamter aus Deutschland — und dieser hier ist der Sohn des Mannes, den jene beiden ermordet zu haben im Verdacht stehen."

Ein Gemurmel war im Kreise; der Patriarch der kleinen Gemeinde sah auf die beiden Gefangenen und dann wieder in das Papier.

„Es ist ein Verhaftsbefehl. Bruder Matteo, was sagst Du?"

„Es ist Lüge, es sind Räuber."

„Sie haben soeben selbst von dem Morde in Bremen, dem anscheinend noch ein anderer zum Opfer fiel, gesprochen."

Draußen ertönte Pferdegetrappel, ein Reiter stieg ab.

„Was ist hier?"

Don Severo trat ein, neben ihm ein Mann in argentinischer Uniform. Verwundert sah der Estanziero auf die Gruppe.

„Don Alfredo — Sie hier? Und Don Eugenio in Fesseln?"

Der Uniformierte trat heran.

„Ich bin der Polizeidirektor aus Mendoza. Was geht hier vor?"

Dr. Schlüter legitimierte sich und zeigte den Ausweis der argentinischen Behörde und die dort ausgestellten Haftbefehle.

„Ich hörte in Buenos von dem Vorfall und daß Sie nach Mendoza wollten. Darum kehrte ich sogleich zurück. Sie behaupten — Don Eugenio Willrich?"

Er sah den Sekretär an, dieser suchte, noch jetzt frech zu sein.

„Alles ist Lüge."

„Jedenfalls kommen Sie alle sogleich mit nach Mendoza. Dort werden wir die Sache untersuchen."

Schlüter nickte.

„Gewiß, Herr Direktor, ich möchte nur bemerken, daß dieser Eugen Willrich, der es verstanden hat, Ihr Vertrauen so zu mißbrauchen, bereits in Bremen im Verbrecheralbum aufgeführt ist, und daß ich seinen Daumenabdruck mit mir führe."

„Wir werden sehen."

Ein Wagen wurde gebracht, in dem der Polizeidirektor und die beiden gefesselten Männer, allerdings auch Silvio und Dr. Schlüter Platz nehmen mußten, während Don Severo und viele Männer aus San Felipe nebenherritten. So ging es auf einer guten Straße, die die Berge vermied, dem gar nicht weit entfernten Städtchen Mendoza wieder zu.

## IX.

Silvester Bruhns fuhr im offenen Wagen durch die Straßen von Buenos Aires. Er war soeben dem Zuge entstiegen, der ihn aus dem Urwaldgebiet des Gran-Chaco nach der Hauptstadt gebracht hatte, jetzt hielt er vor dem Geschäftshause des Don Hieronimo, seines Sachwalters. Er sah aus wie ein Mann, der vor nicht allzulanger Zeit eine schwere Krankheit überstanden.

„Don Hieronimo zu sprechen?"

„Wen darf ich melden?"

„Silvester Bruhns aus Bremen."

Der Argentinier riß die Tür auf und starrte den Gast an. Er konnte kaum sprechen vor staunendem Schreck.

„Don Silvestro? Sie?"

Der Kaufmann lachte.

„Sie tun ja, als sei ich ein Gespenst? Freilich, bald wäre ich auch ein toter Mann gewesen."

Noch immer konnte Hieronimo sich nicht fassen.

„Sie leben?"

„Wie Sie sehen. Ich habe allerdings Böses hinter mir. In einer Sturmnacht wurde ich von Deck des „Porfirio Diaz" gespült, aber ein anderes Schiff nahm mich auf. Ein Frachtdampfer, der zur Mündung des Parana ging. Ja, hat man Ihnen denn aus Bremen nicht Nachricht gegeben? Ich habe doch von Parana aus telegraphiert."

Hieronimo sah ihn immer noch fassungslos an.

„Don Silvestro, — Sie wissen nicht, was in Bremen geschehen?"

Silvester erschrak.

„Doch kein Unglück?"

Hieronimo schrie fast.

„Sie wissen nichts von dem Funde in Ihrem Keller?"

„In meinem Keller?"

„Von der vermauerten Leiche?"

„Nun erlauben Sie mal, eine vermauerte Leiche in meinem Keller? Vermutlich in dem alten Hansagewölbe, das ist schon möglich."

(Fortsetzung folgt.)

Teilgebiet gesetzgebende Gewalt hatte, in öffentlicher Kundgebung den Ansiedlern feierlich versprochen, daß sie im Rahmen des Friedensvertrages auf ihren Grundstücken bleiben sollen. Haben darum nach dieser Kundgebung, laut Friedensvertrag und auf Grund der Staatsverfassung, die allen Bürgern des Staates ohne Unterschied der Nationalität gleiche Rechte garantiert, die Kolonisten Anspruch, in ihrem Besitz und Eigentum vom Staate geschützt zu werden, so dürfen auch die Kinder der Kolonisten einen unantastbaren Anspruch haben, die Grundstücke der Eltern zu erben, auf denen sie von Kindheit an fleißig gearbeitet und geschafft haben. Laut Rentengutsvertrag liegt auch kein Grund vor, den Erbgang des Rentengrundstückes auf die Erben und Kinder zu verweigern.

Wir fragen darum den Herrn Minister für Agrarreform:

1. Ist der Herr Minister bereit, sofort Anweisung zu geben, daß die Ausübung des zwangsweisen Wiederkaufs gegen Witwen und Waisen verstorbener Kolonisten unterbleibt?

2. Ist der Herr Minister bereit, Maßnahmen zu ergreifen, daß den Kolonisten, welche bei Lebzeiten ihren Kindern oder sonstigen Verwandten, die als Erben in Betracht kommen, die Grundstücke übergeben wollen, keine Schwierigkeiten seitens des Okr. Urząd Ziemski in Posen gemacht werden?

Warschau, den 6. November 1923. Die Interpellanten.

## Die Haussuchungen in den Bureaus deutscher Sejmabgeordneter.

Die Deutsche Vereinigung im Sejm richtete an den Justizminister folgende Anfrage:

„Am Freitag, dem 19. Oktober, kehrte der Abg. Graebe aus Warschau nach Bromberg zurück und betrat vormittags gegen 10½ Uhr sein Bureau in der ersten Etage des Hauses ul. 20. Stycznia 20 r. Nr. 37, wo sich außer dem eigenen Bureau auch das Bureau der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat befindet. Dieses Bureau ist notwendig, weil die 22 Abgeordneten und Senatoren der Deutschen Fraktion im Sejmgebäude nur ein Zimmer haben, das gleichzeitig Beratungs-, Arbeits- und Empfangszimmer ist, so daß in ihm an den meisten Tagen fast gar keine Möglichkeit besteht, die dringendsten Parlamentsarbeiten fertigzustellen. Auch wird dieses Bureau gebraucht, um die Verbindung mit der deutschen Wählerschaft aufrecht zu erhalten, eine Aufgabe, die nach der Schließung aller großen deutschen Organisationen, in denen die Deutschen beraten worden sind, eine ganz enorme Vergrößerung erfahren hat, da das Bureau der Abgeordneten nunmehr die einzige Stelle ist, wo sich die deutsche Bevölkerung bei der Ungeklärtheit ihrer polischen und Wirtschaftslage Rat holen kann.

Hier fand der Abgeordnete Graebe das Bureau besetzt mit 10 bis 15 Polizei- und Kriminalbeamten unter Führung eines Untersuchungsrichters und Staatsanwalts. Sämtliche Räume, mit Ausnahme seines persönlichen Arbeitszimmers waren geöffnet und die Beamten damit beschäftigt, die Akten zu durchsuchen. Das Bureaupersonal war in einem Zimmer eingeschlossen; man hatte ihm verboten, den Abgeordneten Graebe zu benachrichtigen, und war in die einzelnen Zimmer eingedrungen, obwohl das Personal ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht hatte, daß das Betreten der Räume nur mit Genehmigung des Abgeordneten zulässig sei. Der Untersuchungsrichter erklärte dem Abgeordneten auf seinen Protest, daß ihm dieser durchaus gleichgültig sei und daß er eventuell mit Gewalt die Durchsuchung erzwingen werde. Bei der Durchsuchung wurden gegen den Protest des Abgeordneten einige Schriftstücke, darunter ein Aktenstück, welches seine Feststellungen über die Liquidation und die Staatsangehörigkeit in Verbindung mit dieser betraf, beschlagnahmt. Diese Akten brauchte er ganz besonders als Belege für die Verhandlungen beim Herrn Ministerpräsidenten, sowie für Anträge im Sejm. Die Herausgabe dieser Akten lehnte der Richter ab, weil dieses Aktenstück sich in der Registratur des Abgeordnetenbureaus und nicht in dem Arbeitszimmer des Abgeordneten selbst befunden habe. Im übrigen erklärte er, daß der Inhalt dieses Aktenstückes das Hauptliquidationsamt ganz besonders interessieren werde. Der Richter hat damit zugegeben, daß die Durchsuchung nicht zur Unterstützung eines Strafverfahrens durchgeführt werde, sondern um irgend welchen Behörden Material zu beschaffen, und daß er Spitzeldienste für andere Behörden leistete. Es muß auch gegen die Ansicht des Richters Front gemacht werden, daß die Akten eines Abgeordneten vogelfrei sind, wenn sie sich nicht in seinem eigenen Zimmer, sondern, wie hier, in seiner Registratur befinden. Der Richter verweigerte ferner die verlangte schriftliche Aufzeichnung der beschlagnahmten Papiere sowie ihre Versiegelung entsprechend den gesetzlichen Vorschriften. Außerdem versiegelte er sechs Zimmer des Bureaus der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat mit der Begründung, falls er in dem mitgenommenen Material nichts Belastendes fände, in etwa sieben bis zehn Tagen in den versiegelten Räumen nach solchem Material suchen zu wollen. Die Forderung, die etwa noch hierfür in Frage kommenden Akten in ein Zimmer zusammenzutragen und dort einzusiegeln, wurde abgelehnt. Der Untersuchungsrichter hat es also mit seiner Aufgabe für vereinbar gehalten, Maßnahmen zu treffen, die den Betrieb des Bureaus der deutschen Abgeordneten fast unmöglich machen, ohne daß dadurch den Zwecken, die er mit einer späteren Durchsuchung verbindet, irgendwie genützt wird. Die Räume sind noch heute versiegelt und damit Gesetzessammlungen, Verordnungen und Vorschriften, die täglich gebraucht werden. Sehr eigenartig ist ferner die Frage eines Beamten, wo denn eigentlich das Parteiprogramm der deutschen Fraktion sei, nach dem man im ganzen Lande gesucht und es nicht gefunden habe. Es ergibt sich daraus, daß der Untersuchungsrichter sich für berechtigt erachtete, sogar die Sejmfraktion als solche zu verdächtigen und zu bespitzeln. Das Verhalten des Untersuchungsrichters ist ungesetzlich und steht im Widerspruch zu der Verfassung, nach der ein Betreten der Räume eines Abgeordneten unzulässig ist, da es ihrer Unantastbarkeit widerspricht. Die ganze Art des Auftretens des Untersuchungsrichters war verletzend und durchaus unvereinbar mit der Stellung eines Abgeordneten.

In ähnlicher Weise sind polizeiliche Organe in die Arbeitsräume des Abgeordneten Daczko in Tuchel, des Senators Hasbach in Stargard und des Abgeordneten Moritz in Graudenz sowie des Abgeordneten Klinke in Posen eingedrungen und haben Durchsuchungen und willkürliche Beschlagnahmungen vorgenommen. In Graudenz hat sich sogar der Staatsanwalt erlaubt, das Konto des deutschen Klubs bei der Danziger Privataktienbank Graudenz zu sperren und dadurch unmöglich zu machen, das fällige Gehalt an den Sekretär auszuzahlen.

Wir fragen daher die Regierung, besonders den Herrn Justizminister: Ist der Herr Justizminister bereit,

1. die Bestrafung des an dem Vorgang schuldigen Beamten herbeizuführen;

2. sofort anzuordnen, daß die beschlagnahmten Akten der Sejmfraktion und ihren Zweiggeschäftsstellen herausgegeben und die Siegel an den Türen der einzelnen Bureauzimmer entfernt werden, damit die notwendige Arbeit der Sejmfraktion fortgesetzt werden kann, ebenso die Aufhebung der Sperre des Kontos in Graudenz sogleich anzuordnen;

3. Maßnahmen zu treffen, durch welche eine Wiederholung dieser verfassungswidrigen Vorgänge unmöglich gemacht und die Unantastbarkeit der Abgeordneten gewährleistet wird?

Warschau, den 9. November 1923. Die Interpellanten.

## Von den Auslandsvertretungen in Warschau.

### Der neue japanische Gesandte.

Der Staatspräsident empfing am Donnerstag in einer Sonderaudienz den neuen japanischen Gesandten Sato, der dem Präsidenten die Abberufungsdokumente des vorigen Gesandten Kawakami und seine eigenen Ernennungsdokumente vorlegte. Von seiten der Regierung war bei dem Ueberreichungsakt der Außenminister zugegen, von seiten der japanischen Gesandtschaft alle ihre Mitglieder, ferner der Chef der Zivilkanzlei des Präsidenten, Lenc, und der diplomatische Protokollchef Przeździecki.

### Abberufung des italienischen Gesandten.

Der italienische Gesandte in Warschau, Herr Tomasini, ist abberufen worden.

### Der erste ungarische Gesandte in Polen,

Alexander Belitska, überreichte dem Staatspräsidenten seine Ernennungsdokumente. Belitska war früher Landesverteidigungsminister.

## Weshalb will Baldwin das Parlament auflösen?

Die Antwort auf diese Frage ist einer Rede des britischen Premierministers zu entnehmen, die er in der kurzen Dienstagssitzung des Unterhauses hielt.

Bei der Übernahme seines Amtes habe er Bonar Law das feierliche Gelübde ablegen müssen, in den fiskalischen Einrichtungen des Landes nichts zu ändern. Von diesem Gelübde könne ihn nur ein neues Parlament befreien. Dieses könne ihm ein Mandat geben, damit er in den nächsten Jahren diejenigen Budgetmaßnahmen vornehmen könne, die notwendig seien. Es handle sich um die Frage der Arbeitslosigkeit, die eine neue Finanzpolitik mit Schutzzöllen fordere.

**Die Neuwahlen sollen, wie schon gemeldet, am 5. und 6. Dezember, evtl. bei längerer Dauer der Unterhausdebatte erst am 11. Dezember stattfinden.**

Die vornehmen konservativen Blätter mit kleiner Auflage, wie „Daily Telegraph“, „Times“ und „Morning Post“, die zuerst eine Wahl im Dezember bekämpft haben, erklären, daß Baldwin, nachdem er den Arbeitslosen alles nur erdenklich Mögliche versprochen habe, sich äußerst bemüht zeige, ein Mandat vom Unterhaus zu erhalten. Die liberale und die Arbeiterpresse erklären zwar, daß ihre Organisationen gut gerüstet und vorbereitet seien, aber sie lassen doch durchblicken, daß ihnen der frühe Zeitpunkt der Wahl sehr ungelegen kommt.

Wahlstatistiker glauben vorhersagen zu können, daß die konservative Partei unverändert bleiben wird und daß die Arbeiterpartei vor allem auf Kosten der Lloyd George-Liberalen um etwa 20 Sitze verstärkt werden könnte. Das gegenwärtige Unterhaus setzt sich aus 346 Konservativen, 144 Arbeiterparteilern, 47 Asquith-Liberalen, 50 Lloyd George-Liberalen und 8 Parteilosen zusammen.

## Einigung der Parteigruppen.

Die bevorstehenden Wahlen wirken in England einigend auf die kleineren Parteigruppen. Die Unterabteilungen der beiden großen Lager der Liberalen und Konservativen vereinigen sich zu einmütigem Auftreten im Wahlkampf. Man sieht, daß es in England ganz anders zugeht als in Deutschland, wo angesichts einer Notlage wie der jetzigen sich in fast allen Parteien Zersplitterung und immer weitergehende Gruppen- und Grüppchenbildung zeigt. Die größere politische Reife der Engländer zeigt sich hier unverkennbar.

Asquith, der liberale Führer, der noch vor kurzem erklärte, sich mit Lloyd George nicht an einen Tisch setzen zu können, hat sich jetzt mit ihm geeinigt und ihm die Hand gedrückt. Die geeinigte liberale Partei hofft eine liberale Regierung ans Ruder zu bringen, die am Freihandel festhalten würde. Die Parteileitung behält Asquith. Lloyd George würde im Falle eines liberalen Wahlsieges entweder Außenminister oder Schatzkanzler werden.

Ferner glaubt man in politischen Kreisen, daß auch die vollständige Vereinigung der beiden von Baldwin und Chamberlain geführten konservativen Gruppen nur eine Frage von wenigen Tagen ist.

## Gegen neue Sanktionen.

„Daily Telegraph“ meldet anscheinend offiziös, daß die englische Regierung nicht daran denke, Hamburg und Bremen zu besetzen, wie ihm Frankreich vorgeschlagen hatte, und daß man der Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen nach Deutschland eine ganz ungerechtfertigte Bedeutung beilege, wenn man ihn zum Gegenstand umfassender politischer Aktionen macht. Das Blatt warnt aber noch einmal davor, anzunehmen, daß die englische Regierung eine derartige Zurückhaltung bewahren könne, wenn die Rückkehr des früheren Kaisers Wilhelms II. erfolgen sollte.

Der belgische Botschafter hat Lord Curzon besucht, um der englischen Regierung nahezulegen, sich an einer starken Aktion der alliierten Regierungen gegenüber der deutschen Weigerung, die Militärkontrolle zuzugestehen, zu beteiligen. Es soll dem Diplomaten eröffnet worden sein, daß es sich hier um eine sehr schwerwiegende Frage handle, die eine sorgfältige Erwägung der Rechtsgründe und der politischen Zweckmäßigkeit einer gemeinsamen Aktion erfordere. Seitdem die Behandlung dieser Frage der Botschafterkonferenz entzogen worden ist, findet ein Meinungsaustausch zwischen den alliierten Regierungen über die Möglichkeiten der Durchsetzung der Militärkontrolle statt.

## England und die Rückkehr des früheren deutschen Kaisers.

Der „Chikago Tribune“ zufolge hat die Pariser englische Botschaft aus London die Nachricht erhalten, daß Großbritannien in keiner Weise an Sanktionen gegen Deutschland wegen der Rückkehr des Kronprinzen teilnehmen werde und auch von jeder Drohnote im Hinblick auf die eventuelle Rückkehr des früheren deutschen Kaisers absehe mit der Begründung, daß ein solcher Schritt die Berliner Regierung lediglich dazu bewegen würde, den vormaligen deutschen Kaiser unverzüglich nach Deutschland zurückzurufen.

Wie schon gestern gemeldet, hat Präsident Coolidge erklärt, daß die Vereinigten Staaten überhaupt nichts gegen eine etwaige Rückkehr des deutschen Kaisers und eine Wiedererrichtung der Monarchie einzuwenden hätten.

## Die völkische Bewegung in Deutschland.

### Die „Deutsche Zeitung“ zur Lage.

In Berlin erscheint seit vorigem Sonnabend außer dem „Vorwärts“ nur noch die „Deutsche Zeitung“. Am Dienstag drang auch bei ihr der Streik ein, und das deutsch-völkische Blatt erscheint in einer Notausgabe. Der Hauptschriftleiter des Blattes, Max Maurenbrecher, schreibt in der Mittwochnummer über die Münchener Vorgänge u. a.:

„Es bleibt dabei, daß Hitler unter Bruch seiner feierlichsten Zusagen, aufgrund eines bloßen „Verdachtes“, den selbst seine Freunde nicht als begründet zu bezeichnen wagen, den plötzlichen Entschluß zu seiner gänzlich unmotivierten Überrumpelung faßte. Damit hat er den Anstoß gegeben zu all dem Unheil, das diesem Vorstoß gefolgt ist. Auf der anderen Seite darf man auch nicht verschweigen, daß die Herren v. Kahr und v. Lossow durch ihre scheinbare Zustimmung zu Hitlers Vorgehen und durch die Art ihres Auftretens in der Versammlung für die ersten Stunden nicht nur die Münchener Bevölkerung sondern das ganze nationale Deutschland irregeführt haben. So sind auch sie nicht unschuldig an der Verwirrung, die aus diesen verhängnisvollen Tagen entstanden ist.“

Max Maurenbrecher wendet sich sodann der Frage zu, was jetzt geschehen solle: „Aber gleichviel, es ist jetzt nicht Zeit, zu richten und zu mäkeln. Soll das Vaterland nicht im Chaos verderben, so müssen die völkischen Kreise in München und im Reiche trotz allem, was geschehen, trotz auch des Blutes, das geflossen ist, zu einer gemeinsamen nationalen Tat sich zusammenfinden. Freilich, es müßte eine Tat größten Stiles sein. Jetzt ist nicht mehr Zeit zum Zögern und zum Überlegen. Die Not des deutschen Volkes schreit zum Himmel. Die Frechheit Poincarés, mit der er heute erklärt, jene internationale „Sachverständigenkonferenz“, die ursprünglich zu unserer Erleichterung bestimmt war, selber einberufen und führen zu wollen, ist nicht mehr zu überbieten. Dort steht der Feind! Er steht nicht auf den Straßen der eigenen Städte. Sobald wir dorthin gemeinsam uns wenden, können Reichswehr und vaterländische Verbände wieder in derselben Schlachtordnung stehen, kann das vergossene Blut noch Sühne finden und Kitt der neuen Volksgemeinschaft werden. In Stunden, wie diesen, rettet nur die höchste Erhebung, einigt nur noch die gewaltigste Tat. Worte helfen nicht mehr, Worte können uns nur noch mehr untereinander verbittern. Tagelanges Herumstochern in dem Unheilvollen, das nun einmal geschehen ist, rettet uns nicht. Nur die Begeisterung einer neuen Aufgabe hebt eine Nation über solche Selbstzerfleischung hinaus.“

### Eine Erklärung Ludendorffs.

Wie aus München gemeldet wird, veröffentlicht General Ludendorff in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ eine Erklärung, in der er sagt, daß er die ehrenwörtliche Verpflichtung am Freitag nach dem Blutbad vor der Residenz nicht in dem Sinne abgegeben habe, daß er auf eine weitere Teilnahme an der völkischen Bewegung verzichte. **Er halte die völkische Bewegung allein für befähigt, eine wirkliche Gesundung Deutschlands und des deutschen Volkes herbeizuführen und werde sich ihr weiter widmen.** Seine ehrenwörtliche Verpflichtung beziehe sich auf den Aufenthalt in München und auf die Enthaltung von staatsfeindlichen Bestrebungen während der Untersuchung. Diese Verpflichtung habe er als Ehrenmann ohne Hintergedanken übernommen.

### Ein Brief des Admirals Tirpitz.

Die „Münch. Neuest. Nachr.“ veröffentlichen einen Brief des Admirals Tirpitz an den Admiral Vollerthun, in dem es u. a. heißt: „Ich beschwöre Sie, alles zu tun, was in Ihrer Macht liegt, **um eine gewaltsame Aktion der Kampfverbände zu verhüten.** Denn man darf dem Gesundungsprozeß nicht mit Gewalt vorgreifen. Auch Preußen ist auf dem Wege, das Joch des Marxismus abzuschütteln. Die Weimarer Verfassung ist auf dem Wege, in föderalistischem Sinne geändert zu werden. Will man es zu einem Zusammenprall **mit der Reichswehr im Norden, die geschlossen hinter General von Seeckt steht,** kommen lassen, so ist die **Wirkung katastrophal und alles verloren.** Man darf der natürlichen Entwicklung nicht vorgreifen.“

### Schwur der völkischen Führer in München.

Bei der Verbrennung der Leiche des Mitarbeiters des „Völkischen Beobachters“, von Scheubner-Richter, waren viele Offiziere, Studenten und Mitglieder der nationalistischen Turnabteilung erschienen. Am Sarge sprachen Ludendorff und der frühere Minister Roth. Durch Handauflegen auf den Sarg beteuerten die anwesenden Führer, unter ihnen Kapitänleutnant Erhardt, der nationalen völkischen Bewegung zum Siege zu verhelfen.

## Der Berliner Buchdruckerstreik

scheint seinem Ende entgegenzugehen. Eine größere Anzahl der Betriebsräte und der Vorsitzenden der Vereine der Buchdrucker und Graphiker wurden verhaftet. Es wurden erwerbslose Buchdrucker zur Arbeitsaufnahme aufgefordert, worauf sich gegen 4000 Arbeitswillige bei der Reichsdruckerei meldeten. Da im graphischen Gewerbe allgemeine Arbeitslosigkeit herrscht, so hat der Streik wenig Aussicht auf Erfolg. Die Zeitungen werden infolge Einstellung von Arbeitslosen vermutlich von Donnerstag ab wieder erscheinen können. Infolge des Streiks kam es zu einer Spaltung im Berufsverband deutscher Buchdrucker und es bildete sich ein besonderer Verband der Arbeitswilligen.

## Ausgabe von Rentenmark.

**Der Reichsfinanzminister hat die Deutsche Rentenbank ermächtigt, am 15. November Rentenbankscheine auszugeben. Vom 16. November ab soll den Beamten ein Teil des Gehaltes in Rentenmark ausgezahlt werden.**

**Der Druck der Rentenmark ist durch den Steik nur unwesentlich beeinflußt worden. Am 15. November lagen 200 Millionen fertig vor.**

### Der Milliardenindex.

**Die Großhandelsindexziffer beträgt bei einem Dollarkurse von 840 Milliarden das 265,6 Milliardenfache der Vorkriegspreise. Die Reichsindexziffer das 218,5 Milliardenfache. Der Brotpreis beträgt 240 Milliarden für ein Brot.**

### Wertbeständige Briefmarken.

Die Reichspostverwaltung wird vom 1. Dezember ab wertbeständige Marken einführen, und zwar werden die Werte zu 3, 5 und 10 Pfennigen als Grundlage dienen.

## Herzog Ernst August von Cumberland †.

Der Herzog Ernst August von Cumberland, der Schwiegervater der Prinzessin Viktoria Luise, der Tochter des früheren deutschen Kaisers ist Mittwoch nachmittag in Gmunden gestorben.

Mit tiefer Bewegung gedenken wir der erhebenden Feier bei der Beerdigung unseres lieben Mannes und Sohnes, des

**Pfarrers Johannes Loida.**

Es war uns ein Trost, zu fühlen, wieviel Liebe der Entschlafene besessen. Was gesagt und gebracht wurde, auch die Posaunenklänge, die er so liebte hat uns unendlich wohl getan in unserm Schmerz, und die vielen Tränen, die an seinem Sarg flossen, waren uns eine Linderung.

Herzlichen Dank allen, allen.

Frau **Lina Loida**, geb. **Encke**,
Frau **Luise Loida**, geb. **Dülschke**.

**Kruszyn** (poczta Strzelewo, pow. Bydgoski).

---

Erstklassiges Wein- u. Spirituosen-Versandhaus
**NYKA & POSŁUSZNY**
Telephon 1194 Poznań Wrocławska 33/34
Vereidigte Meßweinlieferanten
(vinum consecrabile)
fachmännische, gewissenhafte und zufriedenstellende Bedienung.

---

**Wolle,** ungewaschene, kaufe ich und zahle die höchsten Preise. Tausche Wolle aus gegen Strickwolle, Wollwaren, Trikotagen u. Teppiche eig. Fabrik.
**W. Olszański, Poznań** (862
**Św. Marcin 56. — Tel. 20-31.**
Ich bitte auf meine seit 1916 bestehende Firma zu achten.

---

**Komplette Kachelöfen u. Kochherde, Transportable Kachelöfen,**
in verschiedenen Farben und Größen.
**Blumentöpfe in den Größen 7—22 cm.**
**Otto Knaack, Gniezno.**
Słomianka 7.

---

**Eingetr. Hochzucht**
des
**deutschen veredelten Landschweines**
**Stamm-Eber** und **Sauen** auf **Ausstellungen** der D. L. G. vielfach **prämiiert** gibt **laufend**

**Sauen u. Eber**

ab 3 Monate alt aufwärts. Nachzucht des **importierten Ebers Gote** eingetragen in das **Eliteherdbuch Hannover** und des **Ebers Ritter 111.**

**Günther Modrow Bączek, p. Skarszewy, Pomorze.**

---

**Alt-Blei**
**von alten Bleiröhren (Weichblei), sowie alle leere Zinn- u. Bleituben**
**kauft jedes Quantum**
**Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.**

---

Ausschneiden! Ausschneiden!

**Postbestellung.**

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 **Posener Tageblatt** (Posener Warte)
für den Monat Dezember 1923

Name ..............................
Wohnort ..............................
Postanstalt ..............................
Straße ..............................

---

**Unsere geehrte Kundschaft**
benachrichtigen wir höflichst, dass unsere Büros vom 15. d. Mts. ab
**von 9 bis 1 Uhr vormittags**
**und von 3 bis 5 Uhr nachmittags**
**Sonnabends v. 9 bis 1 Uhr vormittags**
tätig sind.
**Tow. Akc. „JUTA“** Säckefabrik u. Juteerzeugnisse
**Poznań, ul. Fredry 1,** Tel. 22-45 u. 29-38. Telgr.-Adr.: „JUTA Poznań“.

---

**Marcin Wittkowski, Plac Wolności 1.**
Gegründet 1903. Gegründet 1903.
Außergewöhnlich billiges Spezial-Angebot.
**Herren - Ulster - Flausch**
Modernste Raglan- und Schlüpfer-Formen

| | | |
|---|---|---|
| Serie I | 27½ | Millionen |
| Serie II | 31½ | „ |
| Serie III | 35 | „ |
| Serie IV | 37½ | „ |
| Serie V | 49½ | „ |

Aus reiner Wolle, engl. Dessins.
**Beachten Sie meine Innenausstellung am Sonntag.**

---

**Bekanntmachung.**

Infolge der weiteren Markentwertung werden die im Städtischen Schlachtviehhof erhobenen Gebühren mit Ausnahme derjenigen für Benutzung der Kühl- und Gefrierräume vom 16. d. Mts. ab um 100% erhöht.

**Der Magistrat XI. 4.**

---

**ZJEDNOCZENI FRYZJERZY**
Sp. z. z ogr. por.
**Frisiersalons für Damen und Herren.**
Dem geehrten Publikum zur gefl. Kenntnis, daß wir am Freitag, dem 16. November d. J. ein
**III. Geschäft**
auf der **ul. Podgórna** (Bergstr.) **14, plac Świętokrzyski** (Petripl.) eröffnet haben.
Wir bitten um freundliche Unterstützung
**Der Vorstand.**

---

**Kachelöfen .·. Kacheln**
**Ecken und Gesimse**
verkauft
**Fechner, Słonawy,**
Oborniki. Tel. Oborniki 8.

---

Unsere Annoncen-Expedition
nimmt alle für auswärtige Zeitungen und Zeitschriften bestimmten Anzeigen entgegen und vermittelt diese ohne Kostenaufschlag zu Originalpreisen.
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
POZNAŃ, ulica Zwierzyniecka 6.

---

## Arbeitsmarkt

Suche ältere **Hauslehrerin**
(Lyceen-Kraft) für 2 Mädchen zum 1. Januar 1924. (4047
**Frau Gutsbesitzer M. Wiesner, Sniaty, p. Smigiel, pow. Witkowo.**

---

Für Forsthaushalt wird für sofort einfache alleinstehende
**Frau od. Mädchen**
(evtl. Waise) gesucht. Angeb. u. **K. 4048** a. d. Geschäftsstelle erbeten.

---

Beff. Frl. sucht p. 1. 12. 23 od. spät. Aufnahme z. **Vervollk. im Haushalt** in ev. Gutsbeamtenfam. mit Fam.-Anschl. Etwas Taschengeld erwünscht. Off. u. **4051** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

---

**Stellengesuche.**

**Verkäuferin,**
deutsch u. polnisch sprechend, sucht per sofort Stellung. Branche gleich. Ang. u. **9962** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

---

**Geb. Landwirtst.,** 30 J. alt, evangl., musik., Peni. u. Frauenschulebes., selbst. u. tücht. i. Haush., wünscht frauenlos. Haush., a. m. Kind, zu leiten. Off. u. **B. 8961** a. d. Boten f. Culmerl. in Chełmża.

---

**Zu kaufen gesucht:**
Die Bände **3, 8, 9, 11 u. 19 von Meyer's**
**Konvers.-Lexikon**
**Jahrgang 1902,**
welche vermutlich vor einigen Jahren, gelegentlich einer freiwilligen Auktion in Krotoschin, durch ein Versehen mitverkauft wurden. Offert. unt. **D. 4055** an d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

---

Wir bieten antiquarisch. gut erhalten, zum Kauf an:

**Kübler, Das Buch der Mütter,** geb.
**Bilz, Hausschatz der Bildung u. d. Wissens,** 3 Bde. Großquartformat, gebunden.
**Meyer's Konversations-Lexikon,** 18 Bde., gebunden.
**Temps, Welt u. Wissen,** mit zahlreichen Abbildungen, 2 Bde., geb.
**Avenarianische Chronik** Blätter aus 3 Jahrhunderten einer deutschen Bürgerfamilie, gebunden.

Angeboten sehen entgegen
**Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.**
Abt.: **Versandbuchhandl.,**
**Poznan,**
Zwierzyniecka 6.

---

**2 neue Damen-Nähmaschinen**
gibt unter Tagespreis ab.
**Georg Lesser**
**i. Fa. Gumy**
ul. 27. Grudnia 15, Hof rechts.

---

**Sofort lieferbar:**
**Siebdraht.**
**Der praktische Baugewerksmeister**
Ein Hand-, Lehr- u. Nachschlagebuch mit **vielen Textbildern,** 2 Bde. geb.
**5. Auflage 1906.**
**Der Maurerpolier.** Ein Hand- und Nachschlagebuch aus der Praxis für die Praxis im Bereich der Maurer- und Steinmetz-Arbeiten, gebunden.
Angeboten sehen entgegen
**Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.**
Abt. **Versandbuchhandlg.**
**Poznań,**
Zwierzyniecka 6.

---

Wir empfehlen das 400 Seiten starke, in Großoktavformat erschienene Werk:
**„Spółki Akcyjne w Polsce“**
**(Handbuch der Aktiengesellschaften in Polen)**
mit deutschen Übersetzungen.
Jahrgang 1923.
**Preis Mark 500 000,**
nach auswärts unter Nachnahme mit Portozuschlag.
Angeboten sehen entgegen
**Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.,**
Abtlg.: **Versandbuchhandlung**
**Poznań,** Zwierzyniecka 6.

---

**Spielplan des Großen Theaters.**

| | |
|---|---|
| **Freitag,** | den 16. 11., um 7½ Uhr: **„La Bohème“,** Oper von Puccini. |
| **Sonnabend,** | den 17. 11.: **„Aida“,** Oper von G. Verdi. |
| **Sonntag,** | den 18. 11., nachm.: **„Faust“,** Oper von Gounod. (Ermäßigte Preise.) |
| **Sonntag,** | den 18. 11., abends: **„Glocken von Corneville“,** Komische Oper von Planquette. |

---

**KINO COLOSSEUM** św. Marcin 65. Vom 12.—18. November
**„Das Gespenst der Vergangenheit“**
oder **„Die Tat eines Rasenden“.**
Prachtvolles Drama in 6 Akten mit Johann Riemann und Margarete Barnay.
Das nächste Progamm: **Im Angesicht des Todes.**

---

Vier bessere jüngere Damen wünschen einen modernen
**Tanz-Zirkel**
beizutreten. Angebote unter **4053** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

---

Landwirt, Junggeselle, evgl., 36 J. alt, sucht
**Einheirat**
in eine 100—200 Morg. große Landwirtschaft. Größeres Vermögen vorhanden. Nur ernstgemeinte Zuschriften u. **W. M. 4049** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

---

**Musikalien!**
Wir offerieren, antiquarisch gut erhalten:

**Strauß, Joh., „Der Zigeunerbaron“,** Operette in 3 Akten, mit unterlegtem Text.
**Humperdink, Hänsel u. Gretel,** vollst. Klavierauszug mit Text.
**Mendelssohn - Bartholdy** Lieder für tiefe Stimme.
**Brahms-Album,** ausgewählte Lieder für eine Singstimme mit Klavierbegleitung, Bd. I geb.
**Friedländer, Unterrichtslieder,** Sammlung der Lieder für eine Singstimme mit Klavierbegleitung.
**P. v. Winter, Singschule,** 1. u. 2. Teil in 1 Band. Neue Ausgabe von Noë.
**Concone, 50 Leçons de Chant,** für Mittelstimme.
**Lütgen, Kehlfertigkeit für tiefe Stimme,** 1. Bd.

Angeboten sehen entgegen
**Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.,**
Abt.: **Versandbuchhandlg.**
**Poznań,**
Zwierzyniecka 6.

---

**Wohnungen**

Suche für eine junge Geschäftsdame
**möbl. Zimmer**
möglichst mit Kost. Off. unt. **4040** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

---

Junger Mann, evgl. sucht **möbl. Zimmer,** mögl. in ruhiger Gegend. Fernspr. bevorz. Klavier und Mittagstisch angenehm. Ang. **u. T. 4044** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

---

**Sofort lieferbar!**
Wir offerieren zum Kauf:

**Syllwasschy, Die Giftprüfung und die Konzession zum Handel mit Giften,** brochiert.
**Drechsler, Der junge Drogist,** Lehrbuch für Drogisten und den Selbst-Unterricht, geb.
**Ziegler, Lateinisches Unterrichtsbuch für Drogisten,** geb.
**Braun, Die Seifenfrikation, die Seifenanalyse und Kerzenfabrikation,** mit 25 Abbildungen, geb.
**Schmidt, Geschichte des Welthandels,** geb.
**Butler, Die Amerikaner,** gebunden.
**Dr. Mollat, Volkswirtschaftliches Quellenbuch**

Angeboten sehen entgegen
**Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.,**
Abt. **Versandbuchhandlg.**
**Poznań,** ulica Zwierzyniecka 6.

---



**Milchkannen**

Inh. **H. Jan Markowski**
Poznań
Kielżyńskiego 23
Tel. 52-43.

---

**Kreuzkirche.** Sonntag, 10: Gd. Greulich. — 11¼: Kgd. Ders. — Mittwoch, Bußtag, 10: Predigt u. hl. A. D. Blau. — 6½: Musikal. Feierstunde.

**Kreising.** Sonntag, 2: Gd. Greulich.

**St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.)** Sonnabend, 6: Wochenschlußgottesdienst Haenisch — Sonntag, 10: Gottesd. Ders. — 11½: Kindergd. Ders. — Mittwoch Bußtag, 10: Gd. u. A. Ders. — Amtswoche: Ders.

**St. Paulikirche.** Sonntag, 10: Gd. Stuhlmann. — 11¾: Kgd. Ders. — Mittwoch, Bußtag, 10: Gd. D. Staemmler. — 11¼: B. u. A. Ders. — 6: Bibelstunde. Ders. Amtsw.: Ders.

**Ev.-luth. Kirche,** ulica Ogrodowa 6 (früh. Gartenstr.) Freitag, 8: Kirchenchor (für sämtliche Stimmen). — Sonntag, 9½: Gd. — Mittwoch, Bußtag, 5: Predigt, B. u. A. Hoffmann. — Donnerstag, 4½: Frauen- u. Jungfrauenverein. — Freitag, 8: Kirchenchor.

**St. Lukaskirche.** Sonntag, 10: Predigt. Büchner. — 12: Kgd. Ders.

**Christuskirche.** Sonntag, 10: Gd. Kammel. Danach Kgd. — Mittwoch, Bußtag, Gd. Rhode. Danach Abendmahlsfeier.

**St. Matthäi-Kirche.** Sonntag, 10: Gd. Brummack. — 11½: Kindergd. Ders. — Dienstag, 8: Kirchenchor. — Mittwoch, Bußtag, 9: B. u. A. Brummack. — 10: Gd. Ders. — Freitag, 8: Bibelstunde.

**Gassenheim.** Sonntag, Bußtag, 5: Gd. — 6: B. u. A.

**Ev. Verein junger Männer.** Sonntag, 8: Vortragsversammlung. — Montag, 8: Blasen. — Dienstag, 8: Turnen. — Mittwoch, geschlossen. — Donnerstag, 8: Blasen. — Freitag, 8: Turnen.

**Kapelle der Diakonissen-Anstalt.** Sonnabend, 8: Wochenschlußgottesd. Sarowy. — Sonntag, 10: Gd. Ders. — Mittwoch, Bußtag, 10: Gd. Ders.

**Christliche Gemeinschaft** (im Gemeindesaal d. Christuskirche ul. Matejki 42). Sonntag, 5½: Jugendbundstde. E. C. — 7: Evangelisation. — Freitag, 7: Bibelbesprechungsstunde.

**Gemeinde gläubig getaufter Christen (Baptisten)** ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) 12. Sonntag, 10: Prd. Sommer. 11½: Sonntagsschule. — 2½: poln. Gottesdienst. — 4½: Pred. Sommer. — 6: Jugendverein. Mittwoch, 7: Gebetstd. — Freitag, 7: poln. Gebetstunde.

# Aus Stadt und Land.

Posen, den 16. November.

### Gegen das Posener Eingemeindungsprojekt.

Am Donnerstag hielten Vertreter der 16 Gemeinden aus den Kreisen Posen-Ost und -West, die der Stadtgemeinde Posen einverleibt werden sollen, hier eine Sitzung ab. In dieser erklärten sich die Gemeindevertreter einmütig gegen den Anschluß. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der gegen das Projekt des Magistrats Einspruch erhoben wird. Eine Kommission, die aus drei Mitgliedern besteht (Denizot aus Luban, Mieloch aus Kommenderie und Fokfowicz aus Lawitza), soll sich weiter mit der Angelegenheit befassen. An das Präsidium des Ministerrates wurde ein Telegramm mit der Bitte gesandt, von einer Entscheidung in dieser Frage einstweilen abzusehen.

### Stadtverordnetensitzung.

(Schluß des Berichts.)

Für das Bergerstift wurde eine Subvention von 350 Millionen bewilligt.

**Bezüglich der Erhöhung des Straßenbahntarifs**

wurde der Magistrat ermächtigt, nach Maßgabe des Teuerungsmultiplikators, den die statistische Kommission für die erste Monatshälfte festsetzen wird, eine Erhöhung des Tarifs bis zu 50 Prozent eintreten zu lassen. Auf die Abonnementskarten wird der neue Tarif erst am 1. Dezember Anwendung finden. Der doppelte Tarifsatz soll nicht um 9 Uhr, sondern erst um 10 Uhr abends in Kraft treten.

Die von der Straßenbahndirektion für den Monat November verlangte Zuzahlung zu den Monatskarten, die unter den Abonnenten großen Unwillen hervorgerufen hat, veranlaßte, wie der Versammlungsleiter mitteilte, die Einberufung einer Protestversammlung von Straßenbahnabonnenten, die am Dienstag im Vereinssaale des früheren Ratskellers stattfand. In einer in der Versammlung gefaßten Entschließung wurde das Vorgehen der Straßenbahndirektion bezüglich der Monatskarten als rechtlich vollkommen unbegründet bezeichnet. Die Versammlung ermächtigte einen Ausschuß, dem die Herren Stempniewicz, Danielewski und Konieczny angehören, das Interesse der Abonnenten bei den zuständigen Stellen zu vertreten und, falls die Bemühungen fruchtlos verlaufen sollten, die fragliche Angelegenheit beim Gericht anhängig zu machen.

Auf die in dieser Sache gemachten Äußerungen verschiedener Stadtverordneter antwortete der zuständige Dezernent, Dr. Głowacki, daß Gerichtsurteile derartige Erhöhungen nicht verbieten. Er wolle aber hierüber nicht polemisieren. Der Dezernent stellte sich also in einen gewissen Widerspruch mit den Presseausführungen des Rechtsanwalts Żuromski über die geforderte Nachzahlung. Am 6. Dezember wird, wie Dr. Głowacki mitteilte, eine Generalversammlung der Straßenbahnaktionäre stattfinden, in der ein neuer Aufsichtsrat gewählt werden wird, in den von seiten der Stadtverordnetenversammlung meist interessierte Stadtverordnete gewählt werden dürften. An der Aussprache beteiligten sich von seiten der Stadtverordnetenversammlung u. a. die Stadtverordneten Kowalewski, Budzyński, Lisiecki und Stachecki.

Stadtv. Kowalewski betonte, daß die Straßenbahn bei umsichtigerer Verwaltung viel sparen könnte. Nach den Ausführungen des Stadtverordneten soll der Magistrat auf die seinerzeit gefaßte Entschließung über die Entlassungen nicht reagiert haben.

Stadtv. Budzyński sagte, daß Rechtsanwalt Żuromski mit Recht die von der Straßenbahndirektion geforderte Nachzahlung als juristisch unhaltbar bezeichnet habe. Die Stadtverordnetenversammlung müßte beschließen, daß diejenigen Abonnenten, die noch nichts zugezahlt haben, nichts zuzuzahlen brauchen.

Stadtv. Lisiecki fragt an, was man dann mit den Personen zu tun gedenke, die schon nachgezahlt hätten.

Stadtv. Stachecki interpellierte den Magistrat in der Angelegenheit der ermäßigten Straßenbahnfahrkarten für die Begleiter von Invaliden. In einem Falle soll gesagt worden sein, daß die Stadtverordnetenversammlung, die seinerzeit einen derartigen Beschluß faßte, nichts zu sagen habe.

Diese Feststellung veranlaßte den Stadtv. Budzyński zu der Erklärung, daß die Stadtverordnetenversammlung sich eine solche Mißachtung ihrer Beschlüsse nicht gefallen lassen dürfe.

Als nach Annahme der Straßenbahnvorlage die

**Angelegenheit der Bestätigung der Stadttheaterverträge**

zur Sprache kommen sollte, beantragte der Stadtv. Wybieralski den Ausschluß der Öffentlichkeit. In geheimer Sitzung wurde dann der Antrag Wybieralski erörtert. Nach etwa viertelstündiger Beratung lehnte die Versammlung den Antrag Wybieralski ab.

Stadtv. Buggel ergriff darauf in öffentlicher Sitzung das Wort, um über die Theaterangelegenheit zu berichten. Zu der vor einigen Monaten von der Stadtverordnetenversammlung geforderten Einschränkung des Theaterpersonals führte er einige Reduktionsziffern an. So ist zum Beispiel das Ballett von 28 auf 16 Mitglieder, das Orchester von 57 auf 51 und der Chor von 48 auf 40 Mitglieder herabgesetzt worden. Die Zahl der Solisten ist dieselbe geblieben. Der Berichterstatter kam dann auf die Gagen zu sprechen und verglich dabei die jetzt festgesetzten Gagen mit den vorjährigen an Hand der Dollarbasis. Der Operndirektor soll außer seiner Gage eine Tantième von dem ersparten Defizit erhalten. Der Fehlbetrag im Theaterbudget soll für den Monat Oktober 3 Prozent der Kommunalausgaben des erwähnten Monats betragen. In der Theaterdeputation wurde festgestellt, daß zu wenig Premièren gegeben worden wären. Jeden Monat soll ein Verzeichnis der einzelnen Solisten und deren Auftritte zur Vorlage gelangen.

Im Laufe der Aussprache nahm Vizepräsident Dr. Kiedacz gegen eine Reihe peinlicher Vorwürfe Stellung.

Auch der Dezernent, Stadtrat Cynka, hatte richtigzustellen.

Stadtv. Dr. Kierski kritisierte die Theaterverwaltung und trat für eine Sanierung der Theaterverhältnisse ein. Er sagte u. a., daß die Gagen mancher Schauspieler niedriger seien, als die der Choristen, andere wiederum unvergleichbar hoch.

Stadtv. Geistl. Koscielski wünschte entsprechende Erhöhung der sozialen Budgetpositionen.

Stadtv. Dr. Stark versuchte an einem Beispiel nachzuweisen, daß die Schauspielergagen zu hoch seien. Es werde schließlich noch dazu kommen, daß die Stadt die große Last nicht mehr werde tragen können.

Stadtv. Ballenstedt warf dem Magistrat vor, daß er in der Theater-Angelegenheit nicht entsprechend vorbereitet gewesen sei.

Stadtv. Hedinger wies darauf hin, daß vom Theaterdirektor in finanzieller Hinsicht viel abhänge. Die Gage des Direktors Szczurkiewicz sei zu niedrig.

Stadtv. Cofta erklärte den vorgesehenen Fehlbetrag für beträchtlich.

Nachdem noch Stadtv. Kowalewski, Stadtrat Cynka und Stadtv. Surzyński zu Worte gekommen waren, nahm man die Abstimmung vor, deren Ergebnis die Ablehnung des Magistratsantrags und die Annahme des eingangs des Berichts im Wortlaut mitgeteilten Antrags der Linken war.

### Pastoralkonferenz der evangelisch-lutherischen Kirche in Posen und Pommerellen.

Am Mittwoch und Donnerstag, dem 7. und 8. d. Mts., fand in Rogasen die diesjährige Pastoralkonferenz der evangelisch-lutherischen Kirche in Posen und Pommerellen statt.

Die Konferenz begann Mittwoch früh mit einem gemeinsamen Beicht- und Abendmahlsgang, bei dem Superintendent Büttner-Rogasen die Beichtrede über Klagel. Jerem. 3, 22 hielt. Im Anschluß daran wurden einige kirchliche Fragen eingehend erörtert, u. a. die Lage in den einzelnen Pfarrbezirken, die Neubesetzung der Parochie Thorn, das Verhältnis zur evangelisch-augsburgischen Kirche in Polen, die Aufbringung der Kirchenbeiträge in Roggen. Nachmittags 3 Uhr hielt Pastor Greve-Neutomischel in der bis auf den letzten Platz gefüllten Kirche die Festpredigt über Joh. 94: „Ich muß wirken . . . solange es Tag ist.“ Nach der Predigt sang der Kirchenchor vierstimmig „Wenn ich ihn nur habe“. An den Gottesdienst schloß sich im Hotel Dröse eine sehr gut besuchte Gemeindefeier mit Ansprachen, deklamatorischen und gesanglichen Darbietungen an. Pastor Paulig-Bromberg sprach hier über „Die größte Sünde“ und Pastor Brauner-Nakel über „Zufriedenheit“. Pastor Werner-Schwarzwald und Pastor Greve hielten je eine Ansprache über die Themen „Gottes Wort wirkt Leben und Tod“ und „Ich habe keine Zeit“, während Pastor Dr. Hoffmann-Posen einen Bericht über den 1. Lutherischen Weltkonvent in Eisenach gab. Die Ansprachen waren eingerahmt von mehreren Gemeindegesängen und Gedichten, die von den Kleinen und Kleinsten in schöner, von Herzen kommender und zu Herzen gehender Weise aufgesagt wurden, Gesängen des Kirchenchors („Gott ist mein Lied“ und „Ich bin durch die Welt gegangen“), zwei Sologesängen („Der 23. Psalm“ und „Mache mich selig, o Jesu“, Frau Köbernik-Rogasen) und drei Duetten („So sind wir denn nun Botschafter an Christi Statt“ und „Denn also hat uns der Herr geboten“ aus dem „Paulus“ — die beiden Ortspfarrer von Neutomischel und Posen — und „Kehr' heim, o müder Wanderer“, Fräulein Frenzel und Frau Köbernik-Rogasen). Von den eingeladenen Gästen nahm auch Pastor Mattke-Rogasen an der Feier teil. Er gab am Schluß des Abends einige interessante Mitteilungen über die Entstehung der lutherischen Gemeinde in Rogasen und wies sodann darauf hin, was ihn alles mit der Lehre der lutherischen Kirche eng verbinde.

Die Morgenandacht am folgenden Tage hielt Pastor Paulig. Darauf gab Pastor Dr. Hoffmann eine Exegese über Offenb. Joh. 20 und hielt auf Grund dieser Exegese ein Referat über „Unsere Stellung zum 1000jährigen Reich“. Pastor Greve referierte sodann über „Unklarheiten der kirchlichen Predigtpraxis in der Lehre von der Sünde. Biblische Klarheit darüber“ und Pastor Werner über „Wirkungen der heiligen Taufe nach Schrift, Bekenntnis und Erfahrung und ihr Verhältnis zu Wiedergeburt und Bekehrung“, während Pastor Brauner das Korreferat zu dem letzteren Thema gab. Nach diesen Referaten fand eine gemeinsame Aussprache u. a. über die agendarische Beisetzungsformel bei Begräbnissen und die Ehrenprädikate bei Trauungen statt. Nachdem noch jeder Pastor ein Gebet gesprochen hatte, wurde die segensreiche Pastoralkonferenz mit dem Vaterunser, Segen und dem gemeinsam gesungenen Vers „Laß mich Dein sein und bleiben“ geschlossen.

---

# **Neue Fernsprech-Abonnementsgebühren.** Vom 1. Dezember ab treten auf Grund einer Verfügung des Post- und Telegraphenministeriums folgende Jahresabonnementsgebühren für Fernsprechanschlüsse in Kraft: In Fernsprechnetzen bis zu 50 Abonnenten 9 Millionen Mk., von 51 bis zu 100 Abonnenten 15 Millionen Mk., von 101 bis zu 200 Abonnenten 17 Millionen Mk., von 201 bis zu 500 Abonnenten 21 Millionen, von 501 bis zu 1000 Abonnenten 24 Millionen, von 1001 bis zu 5000 Abonnenten 27 Millionen und von 5001 bis zu 20 000 Abonnenten 33 Millionen Mark. Abonnenten, denen die neuen Gebühren zu hoch sind, können das Abonnement vor dem 1. Dezember kündigen.

# **Ein Unterverbandstag der Vorschußvereine** des ehemals preußischen Teilgebiets wurde kürzlich unter dem Vorsitz des Unterverbandsdirektors Herbert-Bromberg mit 27 Vertretern von 17 Genossenschaften in Posen abgehalten. Nach dem Jahresbericht des Vorsitzenden sprach Direktor Wohlfeil-Thorn über die Einflüsse der Geldentwertung auf die Kreditgenossenschaften, Dr. Swart-Posen über die Notwendigkeit und Einrichtung wertbeständiger Konten. In der sich anschließenden Aussprache wurde über die Notwendigkeit der Erhöhung der Anteile, über Kreditbeschaffung, über die richtige Zinspolitik, über Sicherstellung wertbeständiger Einlagen und über die verschiedensten Steuerfragen gesprochen.

# **Evangelisch-lutherische Gemeinde.** Der Predigt-(Beicht-)Gottesdienst mit Feier des hlg. Abendmahls am kommenden Mittwoch (Buß- und Bettag), dem 21. d. Mts., ist auf abends 5 Uhr verlegt worden, worauf auch noch von dieser Stelle aus hingewiesen wird.

× **Die Straßenbahneinzelfahrt 30 000 Mark.** Auf Grund der von der Stadtverordnetenversammlung am letzten Mittwoch erteilten Ermächtigung erhöht die Posener Straßenbahn den Preis für die Einzelfahrt von morgen, Sonnabend, ab von 20 000 auf 30 000 Mark. Die Zuschlagszahlung von 400 000 Mark auf die Monatskarten wird von der Straßenbahn trotz der aus Abonnentenkreisen dagegen erhobenen schweren rechtlichen Bedenken aufrecht erhalten.

# **Der Feuerwehr ausweichen!** Das Starostwo Grodzkie gibt folgendes bekannt: In letzter Zeit ist wiederholt bemerkt worden, daß Passanten und namentlich Lenker von Fuhrwerken beim Nahen der Feuerwehr ungeachtet der abgegebenen Warnungssignale nicht zu Seite der Straße weichen. Ein solches Verhalten behindert den Verkehr der Feuerwehr in hohem Maße und kann unberechenbaren Schaden, ja sogar Unglücksfälle herbeiführen. Im Interesse der Feuersicherheit und der öffentlichen Sicherheit im allgemeinen sowie zur Vermeidung von Unglücksfällen, für die weder die Stadt noch auch die Feuerwehr irgend welche Verantwortung übernehmen können, wird auf § 40 der Polizeiverordnung vom 2. September 1913 aufmerksam gemacht, wonach beim Nahen der Feuerwehr alle auf der Straße befindlichen Fuhrwerke zur Seite zu weichen und der Feuerwehr freie Durchfahrt zu gewähren haben. Zuwiderhandelnde werden zur Verantwortung gezogen.

× **Der erste Schnee. Heute früh gegen 7 Uhr setzte hier der erste Schnee mit ziemlich starken Flocken ein; er löste sich jedoch sofort in seine wässerigen Bestandteile auf.**

# **Die Handarbeitsausstellung des Hilfsvereins deutscher Frauen** am 6. Dezember soll besonders festlich ausgebaut werden. Es wird nicht nur eine Ausstellung und Verkauf von Handarbeiten stattfinden, sondern das Ganze soll eine Art Weihnachtsmesse werden, — unterhaltende Darbietungen werden nicht fehlen, und auch für leibliche Stärkung wird in ausreichender Weise gesorgt werden. Der Hilfsverein deutscher Frauen gibt bekannt, daß zu dieser Ausstellung auch wieder Sachen aus Privatbesitz zum Verkauf angenommen werden, wie: Porzellan, Gläser, Bilder, Spitzen, Silbersachen usw. Alle, die Interesse an dieser Arbeit haben, werden gebeten, für die aufzustellenden Büffets Lebensmittel zu spenden und diese freundlichst in der Geschäftsstelle, Wały Leszczyńskiego 2, Zimmer 3, bis zum 3. Dezember anmelden zu wollen. Als Eintrittsgeld wird ein Betrag von 20 000 M. erhoben. Die Karten werden vom 25. November ab in dem Bureau des Vereins zu haben sein. Die Besichtigung der Ausstellung beginnt um 12 Uhr mittags, der Verkauf dagegen erst um 4 Uhr nachmittags. Um diese Zeit beginnen auch die musikalischen Darbietungen. Sollten an diesem Tage nicht alle Sachen verkauft werden, so wird der Verkauf am nächsten Tage fortgesetzt werden.

× **Zur Beachtung für Hausbesitzer.** Vergangene Nacht wurden an nicht weniger als vier Häusern in verschiedenen Stadtteilen die Haustürklinken gestohlen, und zwar an der ul. Wrocławska 33/34 (fr. Breslauer Straße), ul. Woźna 13 (fr. Büttelstraße), ul. Nowa 11 (fr. Neuestraße) und Buker Straße 41. In diesen Diebstählen liegt System. Wenn die Spitzbuben für derartige Dinge keine Abnehmer fänden, würden sie sich nicht die Mühe machen, Haustürklinken von ihrem Bestimmungsorte zu entfernen.

× **Ein Selbstmordversuch?** Heut früh wurde an der Ecke Schützenstraße und Zielone Ogródki (fr. Grüner Platz) ein Mann in besinnungslosem Zustande aufgefunden und dem Stadtkrankenhause zugeführt. Vermutlich hatte er einen Selbstmordversuch durch Vergiftung unternommen. Die Persönlichkeit des Mannes hat sich bisher nicht feststellen lassen.

× **Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus einer Wohnung des Hauses Rybaki 19 (fr. Fischerei) ein Oberbett im Werte von 15 Millionen Mark; aus einer Wohnung des Hauses ul. Żupańskiego 3 (fr. Hohenlohestraße) zwei Damenmäntel und ein Kleid im Werte von 17 Millionen Mark; aus einem Kaffeehause am Plac Wolności (fr. Wilhelmsplatz) ein Herrenpelz im Werte von 150 Millionen Mark; aus einem Lebensmittelgeschäft an der ul.

---

# Die Mistel.

Kürzlich hatte ich einige Tage meinen Neffen Erwin bei mir zu Besuch. Er war in der Großstadt aufgewachsen und hatte mit seinen zwölf Jahren noch wenig von der Natur kennen gelernt. Wir machten daher, soweit es die Zeit irgend erlaubte, große Wanderungen durch Wald und Feld. So wanderten wir einmal einem Gutshof zu, der von großen Pappeln umstanden war. An den schon fast kahlen Ästen konnte man eine ziemliche Anzahl größerer dunkler Punkte wahrnehmen. „Was sind das für Vogelnester?“ fragte mich mein Neffe. „Wenn wir näher kommen, wirst Du sehen, daß es keine Vogelnester sind, sondern Gewächse; sie heißen Misteln,“ war meine Antwort. Nun sollte ich ihm alles erzählen, was ich selbst über dieses eigenartige Gewächs wußte, und das war etwa folgendes: Die Mistel führt den lateinischen Namen Viscum. Bei uns kommt nur eine Art vor, die weiße Mistel (Viscum album), in wärmeren Gegenden dagegen gibt es gegen dreißig verschiedene Arten. Sie ist eine sogenannte Schmarotzerpflanze, von strauchartigem Wuchs und das ganze Jahr hindurch grün. Grün ist auch die Rinde der Pflanze. Die Blätter sind lederartig, die Blüten unscheinbar und gleichfalls grünlich. Eine Schmarotzerpflanze oder ein Parasit ist die Mistel, denn sie lebt auf anderen Pflanzen, auf Bäumen, und zwar auf Laub- und auch auf Nadelbäumen; am häufigsten kann man sie auf Pappeln sehen, am seltensten auf Eichen. Aus den Bäumen, auf denen sie sich ansiedelt, zieht sie ihre Nahrung. Zu diesem Zweck treibt sie sogenannte Senker in das Holz des Baumes hinein und außerdem Rindenwurzeln zwischen Rinde und Holz. Durch die Mistelwurzeln werden häufig starke Anschwellungen verursacht.

Die Früchte der Mistel sind weiße Beeren, und zwar trägt die Pflanze diese Früchte im Winter. Sie enthalten neben den Samenkörnern eine klebrige Masse, die zur Herstellung des Vogelleims benutzt wird. Der Stoff, der zur Bereitung dieses Leimes gebraucht wird, ist übrigens auch in den anderen Teilen der Mistelpflanze enthalten. Vogelleim besitzt die Eigenschaft, zähe zu sein und nicht einzutrocknen, und er wurde bzw. wird benutzt zum Bestreichen der Ruten für den Vogelfang, sowie der Tüten usw. für den Fliegenfang. Einige Vogelarten fressen die Mistelbeeren, die Samen gehen mit dem Kot ab, und auf diese Weise wird die Mistel weithin verbreitet, zumal der besondere Liebhaber der Beeren, die Misteldrossel, ein Zugvogel ist.

Der Mistel sind von altersher besondere Bedeutung und Wirksamkeit beigelegt worden. Die alten Griechen glaubten, der Mistelzweig könne die Pforten der Unterwelt öffnen. Bei den nordischen Völkern galt er als Schutzmittel gegen Zauberei, besonders wenn er auf einer Eiche gewachsen war. Bekannt ist ja auch aus der nordischen Mythe die Erzählung von Baldur, von dessen Wohlergehen das Heil der Götter abhing. Sie suchten ihn daher zu schützen, und seine Mutter Frigga nahm allen auf Erden den Eid ab, ihn nicht zu verletzen. Loki aber brachte in Erfahrung, daß einzig die Mistel diesen Eid nicht geleistet habe, und mit einem Mistelzweig wurde der lichte Baldur durch den blinden Hödhr getötet. Bekannt ist der englische Brauch, zu Weihnachten Mistelzweige ins Zimmer zu hängen; auch bei uns ist dieser Brauch vereinzelt bekannt.

Nicht ganz einfach ist es, die Misteln von den hohen Bäumen herunterzuholen, es gehören sichere Kletterer dazu; auch sitzen die Pflanzen recht fest im Holz. Mit einem wohlgezielten Schrotschuß auf die Ansatzstelle der Pflanze kann man auch die Zweige herunterholen.

Eines aber habe ich Erwin von der Mistel nicht erzählt: In manchen Gegenden ist es Brauch, daß man denjenigen (oder diejenige), den man zu Weihnachten unter dem im Zimmer — mit Vorliebe auch in der Tür — aufgehängten Mistelzweig stehen sieht, küssen darf.

---

# Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— **Eine polnische Übersetzung des Goetheschen „Faust“.** Zu den sieben polnischen Faust-Übertragungen ist neuerdings eine weitere — bisher nur der erste Teil — im Verlag von Gebethner u. Wolff in Warschau erschienen. Der Übersetzer ist der polnische Mediziner L. Wachholz; eine ausführliche Einleitung des Krakauer Germanisten Wukadinowicz spricht über die Entstehung des Goetheschen „Faust“.

— **Ein unbekanntes Werk Tolstois.** Ein bisher unbekanntes Werk Tolstois wird, wie das „Journal des Débats“ mitteilt, demnächst im Druck erscheinen. Es enhält die Geschichte einer russischen Bäuerin. Das Buch war von der zaristischen Regierung verboten. Dem Übersetzer, Charles Salomon, soll Tolstoi das Manuskript persönlich übergeben haben.

— **Die größte Sammlung europäischer Kunst in Japan vernichtet.** Die einzige wirklich bedeutende Sammlung europäischer Kunst, die es bisher in Japan gab, war die des großen Schiffsreeders Matsukata. Wie im „Cicerone“ mitgeteilt wird, scheint diese in Tokio bewahrte kostbare Sammlung der Erdbebenkatastrophe zum Opfer gefallen zu sein. Matsukata hatte mit einem auch für Japan seltenen Temperament in den letzten Jahren in Paris und Berlin moderne europäische Kunst gesammelt. Seine Kunstschätze wurden beim Einsturz und Brande seines Palastes unter den Trümmern begraben.

---

# An unsere Leser.

Vom **1. Dezember d. Js.** an gelten folgende Bezugspreise für unsere Zeitung:

1. bei **Abholung** aus der Geschäftsstelle **500 000 M.**
2. in den Posener **Zeitungs-Ausgabestellen** .......... **505 000** „
3. durch **Zeitungsboten** in der Stadt Posen .......... **510 000** „
4. durch **Postbestellung,** einschließlich Postgebühren .......... **513 000** „

**Verlag des Posener Tageblattes.**

Mateiki 39 (fr. Neue Gartenstraße) Käse, Butter und Eier im Werte von 15 Millionen Mark.

Polizeilich festgenommen wurden gestern 20 Dirnen, 2 Obdachlose und 7 Personen wegen Diebstahls.

* **Bromberg**, 9. November. Die Einwohnerzahl Brombergs betrug am 1. Oktober d. Js. 99 548. Im Jahre 1921 betrug sie 89 282; es ist also seitdem eine Bevölkerungszunahme von 10 266 Einwohnern eingetreten. Hinsichtlich der einzelnen Nationalitäten stellt sich die Zunahme in Prozenten wie folgt: die polnische Nationalität 82,9 Prozent, die deutsche Nationalität 15,6 Prozent, die jüdische Nationalität 0,83 Prozent und andere Nationalitäten 0,57 Prozent. — In der gestrigen Stadtverordnetensitzung erstattete Vizepräsident Dr. Chmielarski einen ausführlichen Bericht über die Finanzlage der Stadt. Diese bezeichnete er als geradezu katastrophal und betonte, daß die Anspannung aller Kräfte erforderlich sein werde, um die Lage allmählich zu bessern. Die Schulden der Stadt betragen zurzeit 8 Milliarden; zu ihrer Tilgung hoffe man, von der Regierung 1½ Milliarden zu erhalten. Genehmigt wurden die schon erwähnten Anträge zur Aufnahme von zwei Anleihen in Höhe von 1½ und 5 Milliarden, und im übrigen wurden mehrere kleinere Vorlagen erledigt.

i. **Filehne**, 14. November. Unser Kirchenchor singt am Bußtage: „Wende dich zu mir und sei mir gnädig, denn ich bin einsam und elend usw." und am Totenfeste: „Selig sind des Himmels Erben, die Toten, die im Herren sterben."

* **Neutomischel**, 14. November. Der Starost des Kreises Neutomischel, Zenkteler, ist nach Lissa berufen worden. Die Amtsgeschäfte sind bis zur Ernennung des neuen Starosten dem hiesigen Kreissekretär Żydorczak übertragen worden. Starost Zenkteler war bereits der dritte Landrat unseres Kreises seit der politischen Umwälzung.

**Aus Kongreßpolen und Galizien.**

* **Lodz**, 13. November. Dem „Przegl. Wiecz." wird von hier gemeldet, daß die Fälle sich mehren, in denen Personen aus Hunger auf der Straße einfach zusammenbrechen. In der vergangenen Woche seien an einem einzigen Tage in neun Fällen durch polizeiliche Streifen derartige Unglückliche aufgehoben und zur Rettungswache gebracht worden. In den meisten Fällen handelt es sich um Personen, die weder eine Wohnung noch eine Beschäftigung haben und trotz aller Bemühungen sich keinen Verdienst verschaffen können.

# Aus dem Gerichtssaal.

## Zweifaches Todesurteil gegen eine Rabenmutter.

* **Bartenstein**, 13. November. Das Schwurgericht verhandelte gegen die Witwe Schäfke aus Schönbruch wegen Kindesmordes. Die 42jährige Frau hatte im Januar zwei Kinder unehelich geboren. Beide Kinder starben nacheinander im April und Mai, weil die Mutter, obwohl ihr genügend Geldmittel zur Beköstigung der Kinder zur Verfügung standen, diese erbarmungslos verhungern ließ. Das Gericht verurteilte die Angeklagte wegen Mordes in zwei Fällen zweimal zum Tode unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

# Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

**D. u. T. Nr. 7.** 1. Das Visum ist nur bei einer Reise nach Deutschland und nach dem übrigen Auslande erforderlich. 2. Wir warnen ganz ausdrücklich vor der Reinigung von Trikotseide durch Laien; wenden Sie sich an eine chemische Reinigungsanstalt. 3. Ein sicheres Mittel zur Beseitigung derartiger Stockflecke gibt es nicht. 4. Eine Million Mark. Sie stellen weiter u. a. noch folgende Fragen: „Wie erhalte ich mich am längsten jung?" „Wie komme ich am schnellsten zum Manne?" Daraus geht klar hervor, daß Sie den Zweck des Briefkastens verkennen. Wir lehnen die Beantwortung solcher lächerlichen Fragen ab.

**P. in W.** Ihre die Lage der Lehrer im Ruhestande betreffenden, durchaus berechtigten Fragen 1—3 können wir Ihnen beim besten Willen nicht beantworten. 4. Wir glauben nicht, daß das geplante neue Mieterschutzgesetz in absehbarer Zeit vom Sejm angenommen werden wird. Die so häufige Hinausschiebung des seit Jahr und Tag schwebenden neuen Gesetzes veranlaßt uns zu dieser pessimistischen Auffassung. 5. Jeder Mietsvertrag muß zum Jahresbeginn, Monat Januar, gestempelt werden.

**P. M. in L.** Uns ist Ihre erste Anfrage nicht zugegangen; wir bitten infolgedessen, die Anfrage zu wiederholen.

**J. M. 17.** 1. In Ihrer Liquidationsangelegenheit läßt sich leider nichts machen. Deutsche Rechtsanwälte, die sich mit der Angelegenheit befassen würden, gibt es in Posen noch. 2. Ihre Auffassung, daß die Hälfte des von den Eltern hinterlassenen Vermögens an den Staat verfällt, ist ganz falsch. Dem Staate steht nur eine nach Prozentsätzen verschiedene Erbschaftssteuer je nach der Höhe des Vermögens zwischen 4 bis 36 v. H. zu. Die Kinder sind auch ohne, daß ein Testament hinterlassen ist, erbberechtigt.

**R. Schm.** 1. Diese Notierung heißt: 1000 Mkp. kosten in Berlin 1500 Millionen Mk. deutsch. 2. Die Gerüchte sind schon lange Zeit verbreitet, und sie werden auch verschiedentlich ausgenützt. Unseren Informationen nach entspricht das Gerücht, die deutschen Hundert- und Tausendmarkscheine bis zum Jahre 1914 zum Goldwert einzuwechseln, nicht den Tatsachen.

**G. Sch. R.** Ihre Option ist, weil nur einseitig vor einer Behörde vollzogen, rechtsungültig. Sie laufen deshalb Gefahr, daß Sie in Deutschland nicht aufgenommen werden. Zu den sog. Staatenlosen gehören Sie durch die einseitige Option nicht. Wir halten Ihre Absicht, einen Antrag auf Ungültigkeit der von Ihnen abgegebenen Erklärung zu stellen, für richtig, empfehlen Ihnen aber ausdrücklich, den Antrag damit zu begründen, daß Sie unter Umständen in Deutschland nicht aufgenommen werden würden.

# Handel und Wirtschaft.

## Handel.

Eine **Belgrader Messe** soll zum ersten Male im Herbst 1924 von einer soeben ins Leben getretenen „Gesellschaft für Landesausstellungen in Belgrad" veranstaltet werden. Anscheinend ist der Beweggrund hierzu wohl in der Hauptsache in einem gewissen Neid der altserbischen Geschäftswelt auf die Erfolge der Agramer und Laibacher Messen zu suchen. Da aber Agram (Zagreb) zweifellos als Handelsplatz für das Gesamtgebiet der vereinigten drei Königreiche in vielfacher Beziehung mehr begünstigt ist als Belgrad, wird man diesem Versuch immerhin mit einiger Skepsis entgegensehen müssen.

## Wirtschaft.

**Ein Schutzverband für Wertpapierinhaber.** In Lemberg fand Anfang November die Konstitutionsversammlung eines Selbstschutzverbandes der Besitzer von Wertpapieren (Związek samoobrony posiadaczy papierów wartościowych) statt. Der Verband hat es sich zur Aufgabe gestellt, die Anerkennung der Rechte der Besitzer von Pfandbriefen sowie die Auszahlung der ausgelosten Stücke und der Kupons in gerechter Relation zu erkämpfen. Die diesbezüglichen Bemühungen sind einem Ausschuß anvertraut worden, dem außer einer Reihe von Juristen und Fachleuten in Finanzfragen u. a. Vertreter der römisch-katholischen Metropolitankurie, der Vereinigung polnischer Journalisten, der Notariatskammer und der Rechtsanwaltskammer angehören.

## Industrie.

**Die Liquidierung der Einkaufsgenossenschaft der tschechoslowakischen Spinnereien.** Mitte Oktober hat im tschechoslowakischen Handelsministerium eine Plenarversammlung des dem Zwangsverwalter der Einkaufsgenossenschaft der tschechoslowakischen Spinnereien beigegebenen Beirates stattgefunden. Wie die „Korrespondenz der Berichte aus den neuen Staaten" meldet, genehmigte der Beirat die definitive Abrechnung des Verlustes der Genossenschaft bei den vom Staat garantierten Baumwolleinkauf. Das Defizit übersteigt den Betrag von 200 Millionen Kr. bedeutend. Es wird auf die Spinnereien und ihre Abnehmer nach dem Schlüssel 7 : 3 aufgeteilt werden. Da den weniger kapitalskräftigen Beteiligten gewisse Nachlässe und Vergünstigungen gewährt werden müssen, hat der Beirat auch die Grundsätze für die Gewährung dieser Begünstigungen festgestellt. Daher ist die baldige Erlassung der Zahlungsaufträge zu gewärtigen. Nach Meldung tschechischer Blätter bedeutet das oben genannte Defizit den vollständigen Verlust der Genossenschaftsanteile.

## Von den Aktiengesellschaften.

**Młyn w Miasteczku T. A.** Es ist beschlossen worden, vom 20. November ab den Emissionskurs der jungen Aktien um 100 v. H. zu erhöhen, so daß jede Aktie von diesem Tage ab nur zu 40 000 v. H. gekauft werden kann.

**„Wiepofana" Eisengießerei und Maschinenfabrik T. A. in Posen.** Die Generalversammlung findet am 26. November 1923, nachmittags 5 Uhr in der Bank Poznański, ul. 27. Grudnia 4 statt. (Kapitalserhöhung).

**„Walma" T. A. Posen.** Das Bezugsrecht für die jungen Aktien ist am 3. November 1923 abgelaufen. Die nicht bezogenen Aktien sind zum Preise von 0.10 Złoty (Schweizer Frank) für die Aktie zu 1000 M. nom. zu haben. Die Bank Przemysłowców hat die Verteilung der Aktien übernommen.

**„Akwawit" S. A. in Posen.** Die Generalversammlung vom 8. August 1923 hat beschlossen, die Aktie zu 1000 Mk. nom. auf 600 (Sechshundert) Tausend Mark umzuvalutieren. Die Umstempelung der Aktien erfolgt ab 15. November 1923 in der Verwaltung, Posen, Cieszkowskiego 5 II. p.

**„Unja" Fr. Bentzki T. A. in Graudenz.** Jetzt wird die Generalbilanz der Aktiengesellschaft veröffentlicht. Danach beträgt das Aktienkapital 220 Millionen, der Reservefond 333 081 918 Mk. Sämtliche Gebäude, Anlagen, Maschinen in Graudenz, Bromberg und Chełmno sind bis auf 1 Mk. abgeschrieben. Der Bruttogewinn beträgt 9 316 325 733,59, der Reingewinn 1 381 398 189,50 Mkp. Zur Auszahlung gelangt eine Dividende von 300 Proz. für die Aktien I.—II. Em. und von 150 Proz. für die Aktien III. Em. Die Auszahlung der Dividende haben übernommen, die Bank Handlowy in Posen, M. Stadthagen in Bromberg, sowie die Filiale in Berlin W 8, Kronenstraße 68/69, außerdem die Kasse der Aktiengesellschaft.

## Von den Märkten.

**Vom Grodnoer Holzmarkt.** Wegen des Eisenbahnerstreiks gingen zahlreiche Holzladungen nicht ab, oder sie wurden an Knotenpunkten aufgehalten. Obwohl die neue Einschlagskampagne bereits begonnen hat, wird sich frisches Holz erst Ende Dezember auf dem Markte zeigen. Die Vorräte an vorjährigem Holz nehmen denn auch immer mehr ab. Das Angebot von weichem Rundholz war minimal. In tausend Mark wurden loko Waggon Verladestation folgende Preise notiert: Fichtene-Stammklötze gute Qualität mehr als 12 Fuß lang 7800—8200, kieferne-Langhölzer ohne besondere Aussetzungen von 16 cm Durchmesser am dünneren Ende, 5000—6000, fichtene Langhölzer 4000—5000. Telegraphenstangen, Kiefernholz für den Export, in normalen Ausmaßen von 8 m Länge aufwärts 6000—6500; Grubenholz zeigt Stabilisierungstendenz, für Exportgrubenhölzer zahlte man 3600—3800, für Inlandsgrubenhölzer 3000. Espenholz in Blöcken, Exportgattung, 9000—10 000; schlechteres Inlandsmaterial 7500 bis 8000, je nach Qualität. Papierfichte 3600—3800 pro Raummeter. Sägematerial: Scharfkantig beschnittene Deals und Battens, Kiefernholz, unsortiert in aktuellen Ausmaßen: 19 000—19 500. Tannenbohlen 12 bis 15 % billiger. Unbeschnittene Kieferbretter für Tischler 11 000—12 000, beschnitten für Zimmerleute 7500—8500, Fichte 7000 bis 7200. Kieferne Halbzollbretter für Kisten kamen auf 9000, Fichte etwas billiger. Kieferne Eisenbahnschwellen für breite Spuren 600 bis 650 loko Eisenbahngleis, für den Export 950—1000. Doppeltsleepers (Kiefer) 2000—2100. Trockene Brennscheite (Kiefernholz) bei großer Nachfrage und starker Tendenz, kamen auf 30 bis 32 Millionen pro 10 000 Kilo loko Waggon. Die allgemeine Lage weiter unbestimmt, die Kauftendenz im allgemeinen schwach, die Umsätze mäßig.

## Börse.

**Posener Börse vom 16. November.** (Vorbericht mittags 1 Uhr.) Die heutige Börse hat bei schwächerer Haltung doch den eigentlichen Charakter der flauen Stimmung verloren. Es macht sich langsam, aber stetig, wenn man sagen will beinahe tastend, der Widerstand bemerkbar. Die Aktien steigen zwar nicht, aber sie behaupten ihren Kurs, und nur die übermäßig schnell gestiegenen Papiere bröckeln ab. Das liegt einerseits an den stärker gewordenen Bedürfnissen auf dem Devisenmarkt, auf der anderen Seite an dem noch immer sehr in Erscheinung tretenden Mangel an Umlaufsmitteln. Es werden genannt: Bankwerte: Handlowy 100, Ziemian 35—30, Kwilecki 90, Przemysłowców 130, Młynarzy 8, Związku Spółek Zarobk. 290. Industriewerte: Cegielski 50, Bydg. Fabr. Mydeł 32, C. Hartwig 25—27, Luban 6500—6000, Roman May 2750—2650, Poznańska Spółka Drzewna 90—80—90, Sarmatia 65, Papiernia 30, Wisła 800, Unja 500 bis 480, Tri 50, Młyn Ziemiański 100, Barcikowski 23, Centrala Skór 120, Waggon 150, Centr. Rolników 12. Alle Werte in 1000 Prozent. Eine Befestigung ist nachbörslich noch zu erwarten.

**Warschauer Börse vom 15. November.** (Amtlich.) Die Tendenz für Devisen hat sich wieder verstärkt. Langsam, aber fest macht sich die nachgebende Haltung frei. Der Dollar erreichte wieder 1 875 000, das engl. Pfund 8 130 000, der Schweizer Frank 327 500, der Goldfrank 360 000. Die Miljonówka erreichte den Kurs von 36 000, die Goldanleihe 1975, der Złotybon 301 900. Am Effektenmarkt ist die Tendenz etwas schwächer geworden. Es notierten offiziell Bankwerte: Diskontowy 3000—2875, Zachodni 5600—5500, Handlowy 975, Handlowy Warschau 2750—2675, Kredytowy 475—525, Związku Ziemian 150, Związku Spółek Zarobk. 3000—2950. Industriewerte: Cerata 130, Kijewski 1800—1850, Sole Potasowe 3800—3700, Wildt 290—280, Chodorów 3350—3250, Czersk 1675—1700, Częstocice 22 500, Michałów 1250—1150, Tow. Fabr. Cukru 4125—4500, Kop Węgla 6000—5550, Cegielski 590—550, Fitzner i Gamper 6700—6550, Modrzejów 7900—8000, Parowozy 260—250, Pocisk 365—360, Starachowice 2650—2715, Unja 5500, Zieleniewski 7500—7950, Żyrardów 250 000—220 000, Zawiercie 310 000, Haberbusch 3750—3825, Nobel 800—750, Pustelnik 500—525, Spirytus 1550—2000, Tkanina 75—70, Polski Lloyd 85, Tepege 2750, Brown Boveri 1200—3200, Marynin 1100.

**Warschauer Börse (Nichtnotierte Werte.)** Am Markt der nichtnotierten Werte ist die Tendenz am 14. November fest geblieben. Es werden folgende Kurse genannt: Nitrat 175, Lokomotywy 300, Lechita 75, Kauhzuk 180, Machlejd 290, Chybie 7250 Kujawien 3500, Zbiersk 750, Szumilin 130, Hurt. Opałowa 35, Czempin 80, Zagożdżon 110, Dobrzyjewo 250, Mała Wieś 900, Kraj. Fabryka Maszyn 500, Sykaw 75, Przemysł Terpetynowy 150 (I. Em.), 105 (II. Em.), Wiór 80, Polvrod 90—120.

**Die poln. Mark am 14. Nov. Danzig:** 3.342—3.358 (Parität: 307 900). Auszahlung Warschau 3.042—3.058 (Parität: 328 000.) **Wien**: Auszahlung Warschau 370—410 (Parität: 25 65). **Prag**: Auszahlung Warschau 21,75—22,75 (Parität: 45 000). **Ofenpest**: 100—130 (Parität: 87.00). **London**: Auszahlung Warschau 0.00001287 (Parität: 7 775 000). **Neuyork**: Auszahlung Warschau 0.00002 (Parität: 5 000 000). **Zürich**: Auszahlung Warschau 0.0003 (Parität: 333 333). **Bukarest**: Auszahlung Warschau 0.0150 (Parität: 6666) **Tschernowitz**: 0.0124 (Parität: 8060).

**Die P. K. K. P.** zahlte am 14. 11. für Goldmünzen (in Klammern Silbermünzen): Rubel 908 300 (603 900), Mark 420 600 (167 700), Krone 357 700 (140 000), lateinische Münzeinheit 340 600 (140 000), Dollar 1 766 000 (807 300), Pfund Sterling 8 593 000 (sh. 175 400) schwed. Krone 473 100 (201 300), holl. Gulden 709 700 (317 000), österr. Dukaten 4 039 000 (fl. 372 700) belgische und holländische Dukaten 4 030 000, türkische Pfund 7 745 000. 1 g Feingold 1 173 570 (33 550).

**Züricher Börse vom 14. November 1923.** (Amtlich). Warschau 0.0003, Neuyork 5.70, London 24,90, Paris 31.55, Wien 0,0080, Prag 16 44, Mailand 24 80, Brüssel 27,20, Budapest 0,03, Sofia 4.85, Amsterdam 215,50 Kristiania 82 25 Kopenhagen 96,75, Stockholm 149 50, Madrid 74.40, Bukarest —,—, Berlin 1,75, Belgrad 6,575, Athen 8,50, Konstantinopel 3,22.

**Wiener Börse vom 14. November.** (Polnische Werte in 1000 Kr.) Bank Hipoteczny 18.1, Bank Małopolski 21, Nafkzawa 138, Browary 350, Wiraznica 172, Tepege 95, Zieleniewski 296, Montany 185, Fanto 3960, Karpaty 460.1, Galicia 24 900, Naita 2500, Schodnica 1540, Kolej Północna 20 000, Kolej Lwów Czerniowce 377, Lumen 75. Tendenz abgeschwächt.

**Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 16. November 1923.**

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

| | | | |
|---|---|---|---|
| Weizen | 4 300 000—4 500 000 | Braugerste | 2 600 000—2 800 000 |
| Roggen | 2 700 000—2 900 000 | Weizenkleie | 2 000 000 |
| Weizenmehl | 8 400 000—8 600 000 | Roggenkleie | 1 800 000 |
| Roggenmehl (inkl. Säcke) | 4 800 000—5 000 000 | Hafer | 2 500 000—2 700 000 |
| | | Eßkartoffeln | 820 000 |
| Gerste | 2 200 000 | Fabrikkartoffeln | 780 000 |

Die Marktlage ist unverändert. — Tendenz: ruhig.

## Kurse der Posener Börse.

| Bankaktien: | 16. November | 15. November |
|---|---|---|
| Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em. | 90 000 | 100 000 |
| Bank Przemysłowców I.—II. Em. | 130 000 | 120 000—130 000 |
| Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em. | 290 000-260 000 | 300 000 |
| Polski Bank Handl., Poznań I.—IX. | 95 000—100 000 | 95 000—100 000 |
| Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. | 35 000—29 000 —30 000 | 38 000—33 000 |
| Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em. | 5000 | 5500 |
| Bank Młynarzy | 8000—7500 | 9000—10 000 |
| **Industrieaktien:** | | |
| Arcona I.—V. Em. (exkl. Kup.) | 120 000 | 120 000 |
| Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em. | 32 000 | 33 000—32 000 |
| R. Barcikowski I.—VI. Em. | 23 000 | 34 000—30 000 |
| Browar Krotoszyński I.—IV. Em. | 200 000 | 280 000-260 000 |
| Brzeski Auto I.—III. Em. | —.— | 40 000 |
| H. Cegielski I.—IX. Em. | 50 000 | 55 000—50 000 |
| Centrala Rolników I.—VII. Em. | 12 000 | 11 000—13 000 |
| Centrala Skór I.—V. Em. | 120 000-110 000 | 130 000-120 000 |
| Cukrownia Zduny I.—II. Em. | 3 000 000 | —.— |
| Galwana | 23 000 | 26 000 |
| Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em. | —.— | 60 000—55 000 |
| C. Hartwig I.—VI. Em. ohne Kup. | 25 000-27 500 —27 000 | 35 000-25 000 —27 000 |
| Hartwig Kantorowicz I. Em. o. Kup. | 250 000 | —.— |
| Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em. | 7000 | 7 000 |
| Hurtownia Związkowa I.—IV. Em. | —.— | 7 000 |
| Hurtownia Skór I.—III. Em. | —.— | 45 000—40 000 |
| Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Kup. | 320 000-300 000 | —.— |
| Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em. | —.— | 25 000 |
| Iskra I.—III. Em. | 100 000 | 130 000-120 000 |
| Juno I.—II. Em. | 27 000 | 30 000 |
| Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. (exkl. Kup.) | 6 500 000-6 000 000 | 6 500 000 —6 000 000 |
| Marinin Zakł. ogrodn. w Warszawie | 70 000 | 80 000 |
| Dr. Roman May I.—IV. Em. (exkl. Kup.) | 2 650 000-2 500 000 | 3 000 000 —2 850 000 |
| Młyn Ziemiański I. Em. o. Bezugsr. | 100 000-90 000 | —.— |
| Orient I.—II. Em. | 15 000 | —.— |
| Płótno I.—II. Em. | —.— | 100 000 |
| Papiernia, Bydgoszcz I.—IV. Em. | 30 000 | 30 000 |
| Patria I.—VIII. Em. | 35 000 | 40 000—37 500 |
| Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em. | 90 000—80 000 —85 000 | 120 000—90 000 |
| Pneumatik I.—III. Em. | 8000 | 8000-7000-8000 |
| Sarmatia I.—II. Em. | 65 000 | —.— |
| Starogradzka Fabr. Mebli I.-II. Em. exkl. Kup. | 35 000—32 500 | 40 000 |
| Tkanina I.—IV. Em. | —.— | 50 000 |
| Tri I.—III. Em. | 50 000 | 55 000 |
| „Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em. ohne Kup. | 500 000-450 000 | 500 000 |
| Waggon Ostrowo I.—IV. Em. | —.— | —.— |
| Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em. | 800 000 | 900 000-800 000 |
| Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em. ohne Bezugsrecht | 17 000—15 000 | —.— |
| Wyroby Ceramiczne I.-II. Em. | —.— | —.— |
| Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em. | 75 000 | 90 000—75 000 |

Tendenz: abgeschwächt.

## Warschauer Börse vom 15. November.

**Devisen:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Belgien | 88 750—89 500—87 500 | Paris | 103 000—101 750 |
| Berlin und Danzig | —.— | Prag | 54 200 |
| London | 8 200 000—8 130 000 | Schweiz | 327 500 |
| Neuyork | 1 875 000 | Wien | 25.75 |
| Holland | 702 000 | Italien | 81 400 |
| Goldfrank | 370 000 | Złotybons | 285—275—301 900 |

## Posener Viehmarkt vom 16. November 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. **Rinder**: I. Sorte 14 500 000 M., II. Sorte 12 800 000 M., III. Sorte 10 400 000 M. — **Kälber**: I. Sorte 17 000 000 M., II. Sorte 15 000 000 M.

II. **Schafe**: I. Sorte 12 000 000 M., II. Sorte 10 000 000 M., III. Sorte 9 000 000 M.

III. **Schweine**: I. Sorte 24 000 000 M., II. Sorte 21 000 000 M., III. Sorte 10 000 000 M.

Der Auftrieb betrug: 2 Ochsen, 21 Bullen, 37 Kühe, 81 Kälber, 172 Schweine, 460 Ferkel (6—8 Wochen alte 6 200 000—6 800 000 Mark das Paar, 9 Wochen alte 7 500 000—8 00 000 M. das Paar), 107 Schafe, 70 Ziegen. — Tendenz: lebhaft.

# Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.